

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 236 SONNTAG, 19. Dez. 1937

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Aus dem Inhalt:
Das italienische Vorbild
Hitler im Hintergrund
Entlassen, weil sie Deutsche sind
Das Buch der Verachtung

Dreieck gegen England

Italiens Austritt aus dem Völkerbund

Mit all der dramatischen Inszenierungskunst, über die die Diktaturen verfügen, hat Mussolini den Austritt Italiens aus dem Völkerbund verkündet. Das zieht nur den Schlußstrich unter eine längst vollzogene Entwicklung und ändert nichts an dem, worauf es allein ankommt, an den wirklichen Machtverhältnissen. Denn schon seit zwei Jahren, seit dem abessinischen Krieg und den widerstrebend begonnenen, zögernd und unvollständig durchgeführten und deshalb von vornherein zum Scheitern verurteilten Sanktionen hat Italien an den Verhandlungen des Völkerbundes nicht mehr teilgenommen, nachdem es schon zuvor alle Bestrebungen auf Verstärkung der Friedenssicherung und auf Abrüstung sabotiert hatte. Der Völkerbund selbst trug den Keim der Zersetzung schon von dem Augenblick in sich, als er es zuließ, daß aggressive Staaten wie Japan und Italien ihre Angriffspolitik durchsetzen und Hitlerdeutschland die für seine Gewaltpolitik nötige militärische Stärke sich schaffen konnte. Es sind die Versäumnisse der englischen und französischen Außenpolitik, die den Verfall des Völkerbundes bewirkt haben.

Aber darf man nicht hoffen, daß der Völkerbund, der ja freilich kein selbständiges, mit eigener Kraft erfülltes Wesen, sondern nur eine Vereinigung von Staaten mit ihren sehr verschieden gelagerten Interessen ist, gerade nach der Reinigung durch das Verlassen der Angreiferstaaten unter tatkräftiger Führung von England und Frankreich neue Bedeutung und Kraft erlangen könnte? Auch diese Hoffnung, der sich hinzugeben vielleicht manche sozialistischen Kreise in Frankreich und England Neigung zeigen könnten, muß sich rasch als Illusion erweisen. Denn im Völkerbund bleiben zunächst nicht nur Anhängsel der deutsch-italienischen Achse, wie Oesterreich und Ungarn zurück, nicht nur das Polen des Obersten Beck, sondern auch die meisten lateinamerikanischen Staaten sind recht unsichere Weggenossen geworden und die kleinen europäischen Staaten suchen sich seit der ungeheuren Machtverschiebung, die seit 1933 eingetreten ist, ganz unabhängig von ihrem eigenen politischen Regime, in eine Art Neutralitätspolitik des »Rette sich, wer kann vor dem kommenden Kriege« zu flüchten und sich durch aushöhlende Interpretationen vor den Völkerbundsverpflichtungen, vor allem den Sanktionsbestimmungen und der Gewährung des Durchmarschrechtes durch ihr Gebiet zur Abwehr des Angreifers, zu schützen. Dies gilt für die baltischen und skandinavischen Staaten, wie für Belgien und Holland, und zeigt zugleich wieder einmal, daß die tatsächliche Gestaltung der außenpolitischen Beziehungen keineswegs so einfach ist, daß sie aus der bloßen Gegenüberstellung demokratischer und faschistischer Staaten schon restlos begriffen werden könnte.

Wir sind also durch die ungeheueren Gegenrevolution, die mit dem Sieg Mussolinis schon eingesetzt hatte und durch den nicht rechtzeitig gehemmt den außenpolitischen Aufstieg Hitlers ihre volle Wucht erhalten hat, aus

einer Völkerbundspolitik der Friedenserhaltung durch internationales Recht zurückgeworfen auf das Vorkriegsstadium der Militärbündnisse. Denn wie immer auch die Technik dieser Bündnisse ihren Charakter zu verhüllen strebt, ihr eigentlicher Inhalt kann jetzt auf gar nichts anderes abzielen, als auf militärisches Zusammenwirken im Kriegsfall, und nur darin besteht heute der Wert diplomatischer Abreden, daß sie eine solche Verpflichtung auch wirklich erreichen. Denn nur von der wirklichen, den Anhänger aber auch manifesten Machtüberlegenheit hängt heute die Erhaltung des Friedens ab.

Der Austritt Italiens stellt nicht etwa dem in sich durchaus nicht einigen und kaum mehr handlungsfähigen Gebilde des Völkerbundes, wohl aber der englisch-französischen Entente das »weltpolitische Dreieck« gegenüber, dessen machtpolitischen Charakter Hitler in seinen letzten Reden in München und Augsburg in scharfer Klarheit hervorgehoben hatte. Die Wahl des Augenblicks mag auch taktisch bedingt sein. Mussolini hat den neuesten Annäherungsversuch Englands an Deutschland, den die Reise des Lord Halifax einleiten konnte, kaum mit freundlichen Augen angesehen. Daß England die angekündigten Besprechungen mit Italien immer wieder hinauszog, während es sich um Deutschland bemühte, mag ihn bewegt haben, durch einen neuen Schritt diese Versuche zu durchkreuzen. Indem Italien den Bund verläßt, demonstriert es nicht nur seine Solidarität mit den beiden anderen Völkerbundsgegnern seines Dreiebundes, sondern macht die Hoffnung Englands auf eine Rückführung Deutschlands in den Völkerbund noch illusorischer als sie es ohnehin war und nimmt der englischen Einbildung einer »Allgemeinregelung« mit Deutschlands Unterstützung auch die letzte Grundlage.

Englands Versuch, Hitler-Deutschland durch irgendwelche Teilkonzessionen in seinen Umkreis zu ziehen, es von der Solidarität mit dem ihm, das heißt seiner Seeherrschaft noch unmittelbar gefährlicherem Italien abzubringen, war freilich von vornherein zum Scheitern verurteilt. Denn mögen auch in den Beziehungen zu Zentral- und Südosteuropa gewisse sekundäre Gegensätze zwischen Deutschland und Italien vorhanden sein, die man nicht zu leugnen braucht, so wissen beide Mächte nur zu gut, daß sie nur in ihrer unlöslichen Vereinigung auf Gedeih

und Verderb eine Macht bilden, die der der Westmächte gegenüber treten kann. Isoliert voneinander, würden sie der koordinierten Politik Englands und Frankreichs nicht standhalten können. Sie würden infolge der dann eintretenden Aenderung der Machtverhältnisse nicht nur ihren Einfluß in Mittel- und Südosteuropa zum großen Teil einbüßen, sondern auch darauf verzichten müssen, ihre weitergesteckten weltpolitischen Ziele, für die England das Hindernis ist, zu erreichen. Deshalb sind die wiederholten Bemühungen Englands auf »Separatfrieden« — auch mit Japan wurden solche Versuche kurz vor Ausbruch des Krieges mit China unternommen — so töricht.

Aber Mussolinis Vorgehen dient nicht nur taktischen Zwecken und verfolgt nicht nur das Ziel, das kaum begonnene und wenig aussichtsreiche Gespräch England-Deutschland zu stören. Mussolini drängt auf Beschleunigung der außenpolitischen Entwicklung überhaupt, er will die Pression, den Druck, den der rasche Vormarsch Japans auf England ausübt, noch steigern. Von den Teilnehmern des aggressiven Dreiebundes haben zwei, Italien und Japan, ihre Hauptangriffsrichtung völlig eindeutig gegen England. Mussolini erstrebt die Herrschaft über das Mittelmeer, die ihm erst sein afrikanisches Reich sichert und dessen künftige Erweiterung verspricht. Er will die Seeherrschaft Englands brechen und hat deshalb den Krieg in Spanien begonnen. Vor einiger Zeit schrieb die Mailänder »Stampa« unter dem Titel »Geschichte«:

In der Geschichte unseres Jahrhunderts wird der abessinische Krieg ein für Europa entscheidendes Ereignis sein. Jener durch heroischen Entschluß eines Mannes gewollte (!) Krieg bedeutete das Ende der französischen und britischen Vorherrschaft auf dem Kontinent und ermöglichte es Deutschland, die Ketten des Vertrages von Versailles zu zerbrechen. Auch die gigantischen Rüstungen Großbritanniens vermochten und vermögen an dieser neuen Lage nichts mehr zu ändern. London und Paris sind nicht mehr imstande, Rom und Berlin ihren Willen zu diktieren. Im Gegenteil, mehr als einmal werden sie gezwungen sein, die Initiative der anderen zu ertragen.

Auf gewisse Uebertreibungen dieser Auslassung braucht nicht eingegangen zu werden, wichtig ist nur, daß sie die anti-englische Richtung der italieni-

schen Politik so klar herausarbeitet. Dazu kommt die Ueberzeugung, die die ganze italienische Presse propagiert, von der augenblicklichen militärischen Ueberlegenheit des »Dreiecks«, solange die englische und französische Aufrüstung nicht fertig ist. Deshalb dürfe die Zeit nicht versäumt werden; Italien dürfe sich, sagt Mussolini, nicht durch Aussicht auf Verhandlungen »chloroformieren« lassen...

Dasselbe gilt für Japan. »Die gegenwärtigen Feindseligkeiten mit China«, schrieb kürzlich der Leiter der außenpolitischen Vereinigung Japans, müssen »als ein Kampf zwischen England und Japan betrachtet werden. Es kann sogar behauptet werden, daß China, dessen Regierung nur eine Marionette in englischen Händen ist, lediglich das Operationsfeld dieses Kampfes bildet.« (Von Rußland ist trotz des »Antikommunisten-Pakts« weder in den japanischen noch in den italienischen Äußerungen viel die Rede; man überläßt es seinen inneren Schwierigkeiten.

Etwas anders steht es mit Deutschland. Nicht Krieg, sondern Verständigung mit England gegen Frankreich und freie Hand im Osten war der ursprüngliche Plan Hitlers. Aber das Bündnis, zuerst mit Italien, dann mit Japan, hat Deutschland in die englandfeindliche Position hineingerissen. Diese wird noch akzentuiert durch die Wiederaufnahme der Kolonialforderungen. Die alberne Vorstellung, England von Frankreich trennen zu können, hat sich als Illusion erwiesen, und freie Hand gegen den Osten ist nicht zu erlangen. So bleibt Deutschland an Italien und Japan gefesselt und verliert die erhoffte Handlungsfreiheit. Seine Vermittlungsversuche im Fernen Osten sind gescheitert, Japan marschiert immer weiter — nicht gegen Rußland, sondern in das chinesische »Operationsfeld gegen England« hinein. Mussolini hat mit viel größerer Energie als Hitler das »antikommunistische Bündnis« mit Japan zu einem gemeinsamen Angriffsplan gegen die Westmächte ausgestaltet, sich entschiedener als Deutschland, das für seine großen Handels- und Kapitalinteressen in China fürchtet, auf Japans Seite gestellt. Der Austritt aus dem Völkerbund, begleitet von einer neuen Kampfansage gegen die Westmächte, ist für ihn das Mittel, die Hitlerdiktatur, mit Hilfe der ihn unterstützenden Göring und Göbbels, auf seinen Weg weiterzuziehen.

Dr. Richard Keru.

Die Erpresser von Dachau

Isolationshaft um eine Woche verlängert

Aus Dachau und Berlin sind neue Briefe bei uns eingelaufen:
»Konzentrationslager Dachau, 11. Dez. 37.
Wieder hat die sogenannte »Deutsche Volkszeitung« in Prag in einem Artikel vom 28. XI. 37 Nr. 48 unverschämte Lügen über das Konzentrationslager Dachau verbreitet. Auf Grund dieses Artikels ist die über uns verhängte Isolation um eine Woche verlängert worden. Uns ist bekannt gegeben worden, daß jeder neue Lügenbericht die über

uns verhängte Isolation fortlaufend um Wochen verlängert.

Wir bitten erneut, die Emigranten-Zeitungen des Auslandes auf diese Tatsachen hinzuweisen.

Kurt Eisner.
Irmgard Litten, Berlin-Schöneberg
Heylstraße 3
13. Dezember 1937.
An die Redaktion des »Neuen Vorwärts«
Karlsbad.
Ich erhielt gestern von meinem Sohn, dem

Schutzhäftling Hans Litten in Dachau folgende Postkarte:

K. L. Dachau, den 10. Dez. 1937.
»Wieder hat die sogenannte »Deutsche Volkszeitung« in Prag in einem Artikel vom 28. XI. 37, Nr. 48 unverschämte Lügen über das Konzentrationslager Dachau verbreitet. Auf Grund dieses Artikels ist die über uns verhängte Isolierung um eine Woche verlängert worden. Uns ist bekanntgegeben worden, daß jeder neue Lügenbericht die über uns

verhängte Isolation fortlaufend um Wochen verlängert.

Wir bitten erneut, die Emigranten-Zeitungen im Ausland auf diese Tatsachen hinzuweisen.

Ich verweise auf meinen Brief vom 4. Dezember.

Irmgard Litten.

Da wir auf den Inhalt der »Deutschen Volkszeitung« keinen Einfluß haben, war es von der Lagerleitung eigentlich sinnlos, an uns schreiben zu lassen. Aber etwas anderes als sinnlose Wutausbrüche und sinnlose Grausamkeiten sind von ihr nicht zu erwarten.

Uns können die beiden Briefe höchstens eines beweisen: Selbst wenn wir uns erpressen ließen und schwiegen — woran wir natürlich nicht einmal im Traume denken — würde an dem grauenhaften Los der Gefangenen nichts gebessert sein. Wenn die Lagerleitung versucht, mit ihren Erpressungen die Presse der ganzen Welt zum Schweigen zu zwingen, so verfolgt sie ein ganz unmögliches Ziel. Immer wieder wird einer ihrer Schurkenstreiche irgendwo ans Licht kommen, und immer wieder wird sie das zum Vorwand nehmen, an unschuldigen, wehrlosen Menschen neue Schurkenstreiche zu begehen.

Es handelt sich nicht bloß um einen Skandal der in der ganzen Welt berüchtigten Dachauer Lagerleitung. Eine so systematische und konsequent fortgesetzte Aktion ist nicht möglich ohne die Zustimmung der höchsten Autoritäten des Dritten Reichs. Man erkennt hinter ihr die wohlbekannten fratzenhaft entstellten Gesichter vom 1. April 1933. Schon damals hat man versucht, den »Pressefrieden« der ganzen Welt zu erzwingen, indem man einen Pogrom veranstaltete. Damals schrieb die ganze Welt vor Entsetzen auf. Und jetzt sollte sie schweigen?

Nein, zum Mitschuldigen macht sich, wer schweigt!

Auch Heilmann unter den Opfern

Auch Ernst Heilmann hat aus Dachau einen Brief schreiben müssen. Die Amsterdamer sozialdemokratische Tageszeitung »Het Volk« hat ihn erhalten, sie hat ihn im Faksimile wiedergegeben und Heilmanns Bild daneben gestellt. Wir haben die uns wohlbekannte Schriftzüge wiedererkannt, obwohl die Hand ihre alte Festigkeit verloren zu haben scheint. Der von Heilmann Hand geschriebene Brief ist an den Redakteur von »Het Volk«, Mattijssen, persönlich adressiert und hat genau denselben Wortlaut wie der Brief Kurt Eisners an uns und jener Georg Bernsteins an den »Republikaner« in Mülhausen im Elsaß. Der wirkliche Verfasser hat also nicht einmal den Versuch gemacht, den Anschein zu erwecken, als ginge die Initiative zu dieser Aktion wirklich von jenen Personen aus, die die Briefe schreiben und unterzeichnen mußten. In der plumpsten Weise demaskiert er sich selbst. Intelligenz und Moral stehen bei ihm offenbar auf der gleichen Stufe.

Auf seinen Befehl also hat Heilmann der Welt mitteilen müssen, daß auch er zum Opfer des Dachauer Erpressungsversuches geworden ist. Weil in Zeitungen, die er nie gelesen hat, etwas veröffentlicht wurde, was er nicht kennt, wird er für unbestimmte Zeit in Isolationshaft gehalten, er darf keine Briefe schreiben, keine Besuche erhalten, ihm sind auch sonst, wie er es nennen muß, die »Bequemlichkeiten« entzogen worden. Er wird gepeinigt wegen eines Vorgangs, der mit seinem eigenen Verhalten in keinem wie immer gearteten Zusammenhang steht.

Heilmann befindet sich seit viereinhalb Jahren in Gefangenschaft — niemand weiß warum und für wie lange. Seine Frau und seine vier Kinder, die er zärtlich liebt, werden diesmal zum fünftenmal ohne ihn das Weihnachtstafel begehen.

Zu dem Erpresserbrief der Lagerhaltung bemerkt »Het Volk«:

»Der Kommandant von Dachau hat einen ebenso stumpfsinnigen wie gemeinen Versuch unternommen, die ausländische Presse einzuschüchtern. Wenn die Juden in Dachau isoliert und ihnen alle Bequemlichkeiten entzogen werden, weil ein schwedischer Autor, der mit offizieller Zustimmung das Lager besucht hat, eine Beschreibung von den himmelschreienden Zuständen, die dort herrschen, gibt — dann sind sie rettungslos verloren, wenn die ausländische Presse über Dachau schweigt und der Kommandant und seine Trabanten die Öffentlichkeit nicht zu fürchten brauchen.«

»Diese Schandtat«, sagt »Het Volk« zum Schluß, »ist mißglückt. Sie bewirkt das Gegenteil von dem, was sie bezweckt hat.«

Der Fall Litten

Auch der Rechtsanwalt Litten gehört zu den Gefangenen der deutschen Konzentrationslager seit ihrer Errichtung. Er ist weder

Italien aus dem Völkerbund ausgetreten. Die Japaner im brennenden Nanking. Angriffe auf englische und amerikanische Kriegsschiffe. Nordchina und Schanghai in japanischer Gewalt — und im Hintergrund von alledem Hitlerdeutschland.

Es hätte nicht der amtlichen Berliner Erklärung bedurft, um die Welt merken zu lassen, daß Mussolini bei seinem theatralischen Austritt aus dem Völkerbund im Einverständnis mit Hitler handelte. Die amtliche Berliner Erklärung verkündet, daß Deutschland niemals in den Völkerbund zurückkehren werde. Dieses Deutschland, das Deutschland Hitlers, gewiß nicht! Aber auch nach Hitler wird es noch ein Deutschland und einen Völkerbund geben, dann werden Deutschland und der Völkerbund einander wiederfinden.

Die Deutsche Republik war völkerbundfreundlich von ihrem Anfang an. Sie mußte es sein, denn sie war demselben Geiste entsprungen wie der Völkerbund. Sie war eine Repräsentantin der nationalen Demokratie, wie der Völkerbund ein Repräsentant der internationalen Demokratie ist. Schon in Versailles meldete sie ihren Beitritt an. Daß man sie damals als Büberin für die Sünden anderer vor der Tür stehen ließ, war der entscheidende Fehler. Fünfzehn Jahre später waren manche Leute im Lager der ehemaligen Entente bereit, Hitlerdeutschland selbst unter erniedrigenden Bedingungen in den Völkerbund zurückzukomplimentieren. Es ist gut, daß die Berliner amtliche Erklärung unter diese weltgeschichtliche Groteske den Schlußstrich gezogen hat!

Weil es heute keine Deutsche Republik, sondern ein Hitlerdeutschland gibt, ist der Völkerbund heute nur noch eine wankende Ruine. Weil es ein Hitlerdeutschland gibt, konnte Mussolini Abessinien erobern und im Sanktionskampf den Völkerbund besiegen. Weil es ein Hitlerdeutschland gibt, kann Japan in China den »Kommunismus« ausrotten und dazu nicht nur die nationale Unabhängigkeit Chinas, sondern auch den Einfluß der weißen Welt, einschließlich des deutschen. Ließ einst Wilhelm II. vom

Sozialdemokrat noch Kommunist, hat aber in einigen politischen Prozessen dem Recht gegen die Nationalsozialisten gedient. So hat er im Frühjahr 1931 in einem Prozeß mitgewirkt, in dem nationalsozialistische Terroristen zu Zuchthausstrafen verurteilt wurden. Daß in jenem Prozeß Hitler als Zeuge auftrat und, durch seine Fragen in die Enge getrieben, eine recht unglückliche Rolle spielte, wurde Litten zum Verhängnis. Am Tage nach der nazistischen Brandstiftung im Reichstag wurde er verhaftet. Seither entlassene Mitgefängene sagen aus, daß er die furchtbarsten Mißhandlungen zu erdulden hatte. Litten unternahm zwei Selbstmordversuche. Auch in der letzten Zeit hat er eine Verletzung erlitten, die nach amtlicher Auskunft auf einen Arbeitsunfall zurückzuführen ist und jetzt »fast ausgeheilt« sein soll. Als Rekonvaleszent, wenn man seinen Zustand optimistisch beurteilen will, erleidet nun Litten den Entzug der »Bequemlichkeiten«, die einem Mitglied der Judenkompanien von Dachau normalerweise zur Verfügung stehen.

Das ist der Mann, über den seine Mutter an uns schreiben mußte: »Mein Sohn hat mir versichert, daß es ihm sehr gut gehe.«

Göbbels-Lügen vor Schweizer Richtern

Der Fall Kurt Löwenstein.

Seit drei Jahren beschäftigten sich die Schweizer Gerichte wiederholt mit einer Klage des Genossen Dr. Kurt Löwenstein gegen die Schweizer Frontistenhauptlinge. Diese hatten in ihrem Skandalblatt, der »Fronte«, alle alten Lügen wiederholt, mit denen die Nazi in Berlin gegen den Neuköllner Stadtschulrat und verdienten Pädagogen gehetzt hatten. Kürzlich ist nun der Prozeß zu Ende gekommen durch einen »Vergleich«, der vor dem Obergericht geschlossen wurde.

Dieser »Vergleich« besteht darin, daß die Frontistenhauptlinge alle ihre Behauptungen bis auf das letzte Pünktchen de- und wehmütig widerrufen. Insbesondere werden zurückgezogen die Behauptungen, Dr. Kurt Löwenstein habe als Schulrat und Leiter der Kari-Marx-Schule in Neukölln eine rege Gottlosenpropaganda entfaltet, habe seine jungen Zöglinge Aufsätze über Abtreibungsprozesse

Maler Knackfuß das berühmte Bild malen »Völker Europas, wahr eure heiligsten Güter!« mit dem gelben Drachen im Osten und den weißen Drachentöttern im Westen, so ist das heute alles umgekehrt: Der Drache kommt vom Westen und ist rot, der St. Georg ist gelb, und der germanische Hitler ist sein treuer Schildknappe.

Ohne Hitler hätte Mussolini seine Abenteuerpolitik in Abessinien und Spanien nie wagen dürfen, und hätte er sie gewagt, so wäre er niedergeschlagen worden. Ohne Hitler hätte Japan es sich dreimal überlegen müssen, ob es durch einen neuen Raubzug nach China Rußland, das englische Weltreich und Amerika zugleich herausfordern dürfe. Aber mit einem nazistischen Deutschland als Rückenschutz konnten die Räuber alles wagen.

Die große weltgeschichtliche Frage ist aber nun, wie lange sich Hitlerdeutschland mit der Rolle, die es bisher gespielt hat, mit der Rolle eines gar nicht oder kärglich entlohnten Helfershelfer bei den »großen imperialistischen Raubzügen seiner Freunde begnügen wird. Wenn es wahr ist, daß der Appetit beim Essen kommt, dann muß er sich beim bloßen Zusehen zur rasenden Gier steigern. Ein System, das mit nationalistisch-imperialistisch-militaristischen Energien so überladen ist wie das gegenwärtige deutsche, kann es auf die Dauer nicht ertragen, daß andere mit seiner Hilfe ganze Kaiserreiche in die Tasche stecken, während es selber leer ausgehen soll.

Hitlerdeutschland kann aber sein Abessinien oder sein Nordchina nirgends anders als in Europa suchen. Der Weg zur Eroberung über die Weltmeere ist ihm versperrt, es kann keinen Kolonialkrieg führen, sondern nur einen Kontinentalkrieg, der sich rasch zum zweiten Weltkrieg erweitern muß.

Abessinien, Spanien, China — der Gedanke, daß das alles nur ein Anfang von dem sein soll, was sich vorbereitet, ist grauhaft. Aber man muß die Dinge sehen, wie sie sind!

Nur wenn es gelingt, die Despotie entscheidend zu schwächen, bevor sie zum Schlag ausholt, kann der Frieden Europas gerettet werden.

schreiben lassen und auf Schulreisen nach Hamburg seine Primaner veranlaßt, die dortigen Bordelle zu besuchen und über ihre Erlebnisse Berichte zu schreiben.

Die Angeklagten erklärten alle diese Behauptungen für unwahr und gewährten dem Kläger volle Genugtuung. Die Prozeßentschädigung setzte das Obergericht auf 2500 Franken fest, inbegriffen die dreimaligen Reisekosten des Anklägers von Paris nach Zürich, und ließ eine Genugtuungssumme von 600 Franken gut.

Daß die idiotischen Lügen gegen den Genossen Kurt Löwenstein im Licht der Sonne in nichts zerfallen mußten, versteht sich von selbst. Aber erinnert werden muß daran, daß diese Lügen ein Glanzstück des Propagandafeldzuges darstellen, den Göbbels zur Eroberung von Berlin führte. Aufgehetzt durch diese Lügen, drang eine Meute der SA in die Wohnung Dr. Löwensteins ein, beschoß Löwenstein und seine Frau durch die Tür, hinter der sie sich verbarrückadert hatten, und zertrümmerten das Mobiliar vollständig. Löwenstein und seine Frau gelang es schließlich, aus der Wohnung und später ins Ausland zu entkommen. Die nazistische Gerechtigkeit unternahm nichts gegen die Attentäter, dagegen bürgerte sie Löwenstein und seine Frau aus und konfiszierte ihr Eigentum. Der junge Kurt Eisner aber, der es gewagt hatte, die demolierte Wohnung zu fotografieren, wurde verhaftet und befindet sich seitdem in Gefangenschaft.

Massen spielen mit

»Veredelte Demokratien« in Rom

Hunderttausende auf dem Platz vor dem Palazzo Venezia in Rom, alle in gespannter Erwartung. »ER« wird auf den Balkon treten und reden. Militärmusik, Märsche, auch deutsche, Gesang, großer Opernstil, nur nicht Wagner, sondern diesmal Verdi.

Dann erscheint ER, und der Platz tost Beifall. ER spricht, Entzücken kreischt ihm entgegen. ER redet vom Völkerbund und fragt: »Drinnen?« Hunderttausendfach donnert es »Nein!« »Draußen?« Hunderttausendfach donnert es »Ja!« »So rufen wir denn heute unser Genüge — und der Donner überdonnert sich. Vor Begeisterung wälzt man sich fast in den Pfützen...«

Politische Reisen

Demonstrationen für Deibos.

Der politische Reisebetrieb steht im Zeichen der Hochkonjunktur. Der französische Außenminister Deibos fuhr nach Warschau, Bukarest, Belgrad und Prag. In Belgrad hatte er das Glück, Stojadinović noch zu erwischen, der gerade aus Rom zurückkam und beinahe schon wieder unterwegs nach Berlin war. Auch der alte Lansbury besuchte die Hauptstadt MittelEuropas, um sich davon zu überzeugen, daß auch hier — wie in den Diktatorländern — gute Menschen wohnen. Der frühere französische Ministerpräsident Flandin fuhr nach Berlin und unterhielt sich dort zwei Stunden mit Göbbels. Der ungarische Kriegeminister Roeder machte Mussolini in Rom seine Aufwartung. Baldur von Schirach ließ sich in Budapest, Damaskus und Teheran feiern. Dies erregte die Aufmerksamkeit der englischen Presse ebenso wie ein Besuch des »Angriff«-Mannes Schwarz van Berk in Kairo, der zur Folge hatte, daß sofort einige Araberführer aus Palästina hinübergeflogen kamen, um mit ihm zu reden.

Die weitaus größte Bedeutung kommt natürlich der Reise von Deibos zu, der zu den alten Freunden Frankreichs kam nicht nur als Vertreter seines eigenen Vaterlandes, sondern als der Repräsentant der französisch-englischen Entente. Der Empfang, der ihm überall bereitet wurde, zeigte, daß die offiziellen Stellen an den alten Verbindungen festhalten, und daß die demokratisch gesinnten Kreise noch mehr als das tun, weil sie auch mit dem Herzen dabei sind. Auch dort, wo die Regierungen ängstlich auf Rückversicherungen bedacht sind, würde im Ernstfall die Volkstimmung eine offene Parteinahme für Hitlerdeutschland unmöglich machen; ob sie stark genug wäre, um die Parteinahme auf der anderen Seite zu erzwingen, ist eine offene Frage, die durch Diplomatenreisen nicht entschieden werden kann.

Der fieberhaft gesteigerte diplomatische Reisebetrieb ist ein Symptom der politischen Unruhe, die durch den neuesten demonstrativen Schritt Italiens noch weiter gesteigert worden ist.

Kann man demokratischer sein? ER hat seinen Großen Faschistenrat gefragt und er hat Ja gesagt. ER hat das Volk gefragt und es hat Ja gesagt. Es ist »veredelte Demokratie« — ganz wie anderswo.

In einer nicht »veredelten«, aber geregelten, in einer wirklichen Demokratie spielen sich die Dinge anders ab. Dort überläßt das Volk der Regierung aus Vertrauen die Verantwortung, aber es nimmt sie ihr nicht ab — am wenigsten auf dem Gebiete der auswärtigen Politik. Um außerpolitische Entscheidungen fällen zu können, bedarf es nicht nur besonderer Erfahrung, sondern auch sorgfältiger, oft streng vertraulicher Unterrichtung, die nicht ein jeder erhalten kann. Es bedarf dazu der gewissenhaften Erwägung des Für und Wider. Daß das Volk aus seiner Mitte die Männer herausfindet, die fähig sind, solche Entscheidungen zu treffen, muß man von ihm verlangen. Aber man kann von ihm nicht verlangen, daß es selber urteilt, zumal wenn man ihm durch Zensur und Verbinderung jeder freien Aussprache die Voraussetzungen einer echten Urteilsbildung entzogen hat.

Die Menschen, die sich dazu hergeben, zu Dingen, von denen sie nichts verstehen und nichts verstehen können, Beifall zu brüllen, sind nicht Volk, sondern Pöbel, und die Berufung auf ihre Zustimmung ist nicht Demokratie, sondern Demagogie. Solche Demagogie heulte im Sommer 1914 alle Friedensfreunde nieder, sie zerschlug durch begeisterte Propagierung uferlose Eroberungspläne alle Friedensmöglichkeiten und erzwang den rücksichtslosen U-Boot-Krieg, mit ihm den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg. Sie hat damals zum Zusammenbruch geführt, sie wird immer wieder zum Zusammenbruch führen — in Italien, in Deutschland, überall!

»Längere Freiheitsstrafe«

Drei Führer der Nazi in Dänemark sind vom Gericht in Apenrade wegen Eingreifens in ein schwebendes Gerichtsverfahren und Ehrenbeleidigung verurteilt worden: einer zu 150 Kronen, der andere zu 500 und der dritte zu sechzig Tagen Haft. Dazu schreibt der »Völkische Beobachter«: »Das Deutschland Nordschleswigs steht dem Urteilspruch, der eine längere Freiheitsstrafe für den Parteiführer fällt, verständnislos gegenüber.«

Aus großer Zeit

Reichswehrparade vor einem Juden. Streicher wird wahrscheinlich einen seiner traditionellen Wutanfälle bekommen haben, als er erfährt, was sich kürzlich in Berlin ereignete. Dort hat nämlich eine Ehrenkompanie der Reichswehr mit feierlich präsentierten Gewehr vor einem — — Juden strammgestanden, und Hunderte von »Volksgenossen« standen dabei, die Hand zum arischen Gruß erhoben. Jawohl.

Das ganze klingt einigermaßen unglaublich. Und ist dennoch wahr.

Ja, mehr noch: der Mann, dem solche Ehrung widerfuhr, war eigens nach Berlin gekommen, um dort gegen den nazideutschen Antisemitismus unmißverständlich zu demonstrieren. Er heißt Isidor Genett und ist Amerikaner. Daß er nebenbei Jude ist, konnten ihm die hohen Heereswürden nicht ansehen, bei denen er in aller Form persönlich die Erlaubnis erbat, am Kriegermonument Unter den Linden einen Kranz niederlegen zu dürfen, der dem Andenken deutscher, auf den Schlachtfeldern des Weltkrieges gefallenen Soldaten gewidmet sein sollte. Man hatte nichts dagegen einzuwenden, man war im Gegenteil hoch erfreut darüber, daß ein amerikanischer Gast die deutschen Kriegsgefallenen so feierlich und eindrucksvoll zu ehren gedachte. Und so entsandte man denn eine Ehrenkompanie zur Mitwirkung an diesem Pietätsakt. Der Verkehr Unter den Linden wurde gestoppt, die Soldaten präsentierten, die Offiziere entblößten ihre Degen, die zivilen Zuschauer standen zum Hitlergruß erstarrt, und Mr. Isidor Genett schritt zum Kriegerdenkmal und legte dort einen Kranz nieder, auf dessen weißer Seidenschleife Gedenkworte zu lesen standen, die die jüdischen Kriegsveteranen Amerikas an die für Deutschland im Kriege gefallenen Juden richteten.

Eine Stunde nach dieser Zeremonie wurde Genett in seinem Hotelzimmer verhaftet. Ein Gestapobeamter und ein Schupomann

brachten ihn ins Hauptquartier der Himmlerpolizei, wo er in sechs verschiedenen Zimmern dreieinhalb Stunden lang verhört wurde.

Ein Deutscher, der es gewagt hätte, »minderwertigen« Frontkämpfern ein Zeichen der Ehrung und des Gedenkens zu widmen, hätte dieses Verbrechen im Lager oder im Zuchthaus büßen müssen. Da Genett aber Amerikaner ist, überlegte man sich die Sache und begnügte sich damit, ihn aus Deutschland zu verweisen.

In Zukunft wird man sicherlich von Ausländern den Nachweis »einwandfreier« Abstammung und Gesinnung verlangen, ehe man sie in die Nähe deutscher Kriegerdenkmäler läßt.

Die Papierknappheit im Dritten Reich wird immer größer. Und die Wogen der von oben her zwangweise angeführten Altpapier-Sammelwut gehen immer höher. Selbst die Kirchturmspitzen bleiben von den Helden der großen Sammelschlacht nicht verschont. Wie das »Berliner Tageblatt« (1937, Nr. 575/76) berichtet, war man jüngst dahinter gekommen, daß sich in der Spitze des Turms der Jerusalemerkirche altes Papier befand. Akten aus dem 18. Jahrhundert. SA-Leuten gelang es nach einer gewagten, halbrecherischen Kletterei, die Turmspitze zu ersteigen und die kostbare Beute zu bergen und der Einstampfung zuzuführen. Die Nazipresse vergießt Rührungstränen über das stille Heldentum der braven Leute im schlichten Braunrock. Und im Propagandaministerium denkt man vielleicht: »Schade, daß von den heldischen Kletterern keiner das Genick gebrochen hat, man hätte einen Nationalhelden, einen Märtyrer des Vierjahresplans aus ihm machen können.«

Herr Frick aber weiß beim Papiersammeln das Nützliche mit dem Angenehmen innig zu verschmelzen. Er ist auf keinen Kirchturm geklettert, sondern hat angeordnet, daß alles Material von den letzten sogenannten »Wah-

lenc — die abgegebenen Stimmzettel, die Wahlprotokolle, die Zähllisten usw. — nicht länger aufbewahrt, sondern der Altpapiersammlung zugeführt werden und auf dem Altar des Göringplanes eingestampft werden soll.

Eingestampfte Wahlakten können keine Fälschung mehr verraten. Sie wird unbefugter Neugier entzogen und schweigend wie das Grab, Etwa wie das Grab von der Lubbe.

Schiller in Haifisch und Goethe in Hecht. Wieder ein neuer Triumph der Ersatzwirtschaft. Die Stühle aus Glas und die Scheren aus Kunstharz verblasen zu nichts — gegenüber dem Fischleder, aus dem jetzt den deutschen Zivilisten das Schuhwerk hergestellt werden wird. Der »Dresdner Anzeiger« (1937, Nr. 329) schreibt:

»Die Versuche der Forschungsanstalt für die Lederindustrie in Dresden, aus Fischhaut brauchbares Leder herzustellen, sind erfolgreich abgeschlossen. Deutscher Forschungsarbeit gelang es... einen heimischen Rohstoff nutzbar zu machen... Sehr bald schon dürften Schuhe aus Seelachs- oder Schellfischhaut beliebt sein. Heringsbaie... liefern ein Leder, das sich ausgezeichnet für Arbeitsschuhwerk eignet... Da sich Fischleder auch für Bucheinbände eignet, werden wir schon bald Goethe in Hecht oder Schiller in Haifisch kaufen können...«

Daß man in einem Land, in dem die Anzüge im Walde wachsen, nun dazu übergeht, das Schuhleder mit der Angelschnur aus dem Wasser zu fischen, ist nicht weiter verwunderlich. Selbst das Hungertuch, an dem die Untertanen des Führers nagen, besteht nur aus »Vistrac«, und der Leibriemen, den sie enger und enger schnallen, wird nun also bald aus echtem Heringsleder sein. Nur die Kanonen sind nicht Surrogat in Deutschland, sondern aus höchst echtem Material. Sobald es sich um die Rüstung handelt, vergeht den Herren Führern die kindliche Freude am »überwertigen« Ersatz... K. K.

geradewegs dem Abgrund zuträbt und schnell reißt er es herum.

Ein paar Zeilen weiter unten liest man: »Die oben genannten Fälle handeln nur von Beleidigungen privaten Charakters. Anders kann die Rechtslage werden, wenn die Äußerungen politischen Charakters sind, und wenn womöglich gegen politische Schutzgesetze verstoßen wird. Hier stehen Interessen des Volkes auf dem Spiele, die denen der Familie vorgehen können. Das ist eine Frage für sich.«

Nicht abzusehen, was dem Dr. Plumayer passiert wäre, wenn er die Meinung vertreten hätte, man müsse über Hitler, Göring, Göbbels und die ganze braune Herrlichkeit zu Hause ungestraft seine Meinung sagen dürfen. Aber er ist schon selber klug genug um zu wissen, daß man im Dritten Reich zwar mit dem Reichsgericht anbinden darf, aber nicht mit der Gestapo.

Labour für Freiheit

Morrisons offener Brief. — Attlees Spanienreise.

Wenn Halifax nach Berlin fährt, richtet Morrison einen offenen Brief an das deutsche Volk, und wenn Chamberlain einen »Agenten« mit Gesandtenrang bei Franco ernannt, fährt Attlee zu Azana und den Frontkämpfern eines freien Spaniens.

Vor drei Jahren konnte man manchmal den Eindruck haben, als ob die Sache der europäischen Freiheit bei den Konservativen besser aufgehoben sei als bei der Arbeiterpartei. Seitdem hat sich das Bild gründlich gewandelt. Ein einflußreicher Teil der Konservativen liebt eine undurchsichtige — oder mitunter auch schon sehr durchsichtige — Politik der Annäherung an die faschistischen Weltzentren, die Arbeiteropposition aber hat sich auf ihre wahre Aufgabe besonnen, Vorkämpfer der Freiheit in der ganzen Welt zu sein.

Für diese Wandlung sind die offenen Briefe Morrisons an das deutsche Volk und die Spanienreise Attlees zwei gleich erfreuliche Symptome. Unserem Freund Herbert Morrison wird der Ruhm bleiben, als einer der ersten erkannt zu haben, daß der Kampf um den Frieden nicht defensiv geführt werden kann, sondern nur offensiv als Kampf für die Befreiung der geknechteten Völker, Dächten und handelnden die verantwortlichen Staatsmänner der demokratischen Länder so klar und zielbewußt wie Herbert Morrison, so wäre die Demokratie in Europa viel stärker, der Faschismus viel schwächer, und er würde, im Bewußtsein seiner Schwäche, auch gar nicht daran denken, einen Angriff zu wagen. Der Faschismus ist nur so lange gefährlich, als es ihm gelingt, die Köpfe seiner Untertanen zu verbarrikadieren. Der Durchbruch durch diese Stellungen, die Wiederherstellung der geistigen Kommunikation zwischen den freien und den eingesperrten Völkern ist in der Tat das entscheidende Problem. Das hat Herbert Morrison begriffen, dafür arbeitet er, und dafür gehört ihm unser Dank.

Attlees Spanienreise hat zwar bei einem Teil der Konservativen Aerger erregt, aber sie hat die Sympathien der ganzen Welt für die Arbeiterpartei und ihren »Leader« gesteigert. Sie war in einer Zeit, in der das Heldenbuch der Demokratie so viele weiße Stellen aufweist, eine mutige Tat.

Attlee war auf seiner Reise vom Genossen Viktor Schiff begleitet, dem früheren »Vorwärts«-Redakteur und jetzigen »Daily-Herald«-Korrespondenten in Paris.

Gleich nach seiner Rückkehr nach London veröffentlichte Attlee einen Appell an das englische Volk, in dem er sein volles Vertrauen zur militärischen Kraft des republikanischen Spaniens ausspricht und zur tatkräftigen Hilfe für die hungernde Bevölkerung aufruft.

»Nuglos verloren gegangen«

Der »Dresdner Anzeiger« Nr. 528 veröffentlicht folgende Rechnung:

»Mit einer Erzeugung von 2,3 Millionen Tonnen Papier steht Deutschland unter den Papiererzeugern an dritter Stelle.

Im letzten Jahr wurden in Deutschland nur 0,7 Millionen Tonnen als Altpapier zurückgewonnen. Es sind also nahezu 2,2 Millionen Tonnen Papier nutzlos verlorengegangen, wofür wieder entsprechend Neumaterial in Anspruch genommen werden mußte.

Ein Teil des Papiers ist z. B. für die Erzeugung von Büchern verschwendet worden, die nun in den Schränken verwehlichter Stubenhooker modern.

Vom Recht im 3. Reich

Mangels gesetzlicher Bestimmungen

Nicht, daß man meint, es ginge in Deutschland etwas, was man will, mangels gesetzlicher Bestimmungen nicht zu machen. Leider wissen wir, daß trotz des Mangels an gesetzlichen Bestimmungen alles mögliche getan wird, was sich in kein Gesetz fassen ließe. Aber eines geht nicht. Man kann den Reichskanzler nicht verklagen.

Also dem Reichsgericht ist es furchtbar peinlich. Eine Firma hat es fertig bekommen, das Deutsche Reich zu verklagen. Das möchte noch angehen. Sows kommt in den besten Diktaturen vor. Aber:

»Demgemäß wird im Kopf des angefochtenen Urteils das Deutsche Reich in dieser Hinsicht als »vertreten durch die Reichsregierung, diese vertreten durch den Reichskanzler« bezeichnet.«

So, es ist heraus. Aber schwer genug ist es den Reichsrichtern gefallen, auch nur den nackten Tatbestand festzustellen, daß ein Untertan seinen Führer vor Gericht geladen hat. Da nichts sein kann, was nicht sein darf, ist es natürlich unmöglich, dem Reichskanzler die Ladung ins Haus zu schicken. Aber um zu begründen, daß dies gesetzlich unzulässig sei, fehlt es dem Reichsgericht an einer Kleinigkeit. Das Deutsche Reich hat sich seit 1933 und bis 1937 weder eine Verfassung noch irgend welche anderen Gesetze gegeben, aus denen hervorginge, wer und wie er regieren soll. Regiert wird, daran ist kein Zweifel. Nur, es fehlt an jeder schriftlichen Gebrauchsanweisung. Den Rechtsgelahrten des Auslandes ist es z. B. schon seit langem aufgefallen, daß die Weimarer Verfassung noch gar nicht außer Kraft gesetzt worden ist. Dem Reichsgericht macht dieser Umstand keine ernstesten Beschwerden. Es zitiert die Weimarer Verfassung, wenn es sie braucht und würde auch gern andere Gesetze zitieren, die es ihm erlauben, der Klägerin zu beweisen, daß sie den Führer nicht laden dürfe.

»Es kann dahin stehen, ob hiergegen unter Zugrundelegung der sich aus der Weimarer Verfassung ergebenden Rechtslage Bedenken bestanden hätten. Jedenfalls entspricht eine solche Ordnung der Vertretung des Reiches nicht mehr dem gegenwärtigen Stande der Regierungsverfassung.«

Die »Regierungsverfassung« ist nicht etwa

ein verkündetes Gesetz, sondern eine Neubildung, die das Reichsgericht mangels gesetzlicher Bestimmungen aus eigener Fantasie schaffen mußte. Und so erklart es denn auch am Ende des Urteils:

»Mangels besonderer gesetzlicher Bestimmungen ist vielmehr davon auszugehen, daß in welchem Falle die gesetzliche Vertretung des Reiches für die Prozeßführung jeweils demjenigen oder denjenigen Reichsministern zusteht, deren anvertrauter Geschäftsbereich von dem Rechtsstreit sachlich betroffen wird.«

Wenn wir gesagt haben, daß das Dritte Reich keine staatsrechtlichen Gesetze geschaffen habe, so stimmt dies nicht ganz. Der Reichskanzler selbst hat einmal einen Anlauf genommen, sich gesetzlich zu definieren. Das geschah nach dem Tode Hindenburgs, als er verfügte, er vereinige die Befugnisse des Reichskanzlers und des Reichspräsidenten in seiner Person. Aber — wenn sonst noch irgend welche Unklarheiten bestehen sollten, so läßt man das Reichsgericht sagen: »Mangels gesetzlicher Bestimmungen und kraft dieser... Larum, Larum — Warum? Darum.«

Trotz gesetzlicher Bestimmungen

Da hat es das Reichsgericht in Strafsachen schon einfacher. Erstens beschäftigt es sich dort mit gewöhnlichen Untertanen und zweitens bestehen eine ganze Menge Gesetze. Der einzige Uebelstand ist vielleicht, daß sie nicht immer ausreichen, um den zu verurteilen, den man soll. Da ist zum Beispiel ein Pfarrer wegen Kanzelmißbrauchs angeklagt. Was ist Kanzelmißbrauch? § 130 a des Strafgesetzbuches sagt:

»Ein Geistlicher... welcher in Ausübung... seines Berufes... Angelegenheiten des Staates in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zum Gegenstande einer Verkündigung oder Erörterung macht, wird mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft.«

Was ist eine Angelegenheit des Staates? Bitte, fragen Sie lieber, was keine ist! Früher, im wilhelminischen Reiche, meinte dasselbe Reichsgericht noch, der Paragraph handele von Angelegenheiten, »die den Staat als solchen angehen, bei denen es sich um seine Rechte und Pflichten, seine Interessen und Aufgaben handele. Aber inzwischen... lassen wir das Reichsgericht selber sprechen:

»Inzwischen ist durch die geschichtliche Wendung zum nationalsozialistischen Staate

der Bereich des staatlichen Lebens nicht eingeschränkt, sondern erweitert worden. Alles, was zum Beispiel über den Begriffsinhalt von Blut, Boden und Rasse sowie über ihre Wirkungen und Anforderungen für das Leben der Gesamtheit und des Einzelnen ernsthaft öffentlich vorgetragen oder gelehrt wird, geht in der Regel die nationalsozialistische Bewegung und daher auch den nationalsozialistischen Staat an, den sie trägt.«

Uebrigens, das Wort »ernsthaft« befremdet uns ein wenig. Sollte sich das Reichsgericht vorstellen, daß man über Blut, Boden und Rasse noch anders als ernsthaft reden kann? Wir wollen es nicht hoffen. Jedenfalls wird es nach dieser Gesetzesauslegung dem Pfarrer schon ziemlich schwer werden, über etwas zu reden. Aber das langt noch nicht. Zu den gefährlichen Angelegenheiten gehören auch solche:

»Angelegenheiten, mit denen sich der Staat noch nicht befaßt hat, die von dem Prediger aber in den Kreis der Angelegenheiten des Staates hineingezogen werden...«

Warum soll ein Prediger auch ausgerechnet von den Menschen und ihrer sozialen Gemeinschaftsform sprechen. Regeldetri, Stratosphärentemperaturen, Erdbenenforschung, es gibt ja so viel schöne Themen, die nichts Anstößiges an sich haben. Andere Berufe haben auch umlernen müssen.

Sind Äußerungen im Familienkreise strafbar?

Darf eine Frau ihrem Manne sagen, daß ihr bisheriger Hausarzt ein Stümper ist? Darf ein Vater im Gespräch mit seiner Tochter den Jüngling, der sie umschwärmt, einen Windbeutel nennen? Muß das Gericht die Frau, den Vater verurteilen, wenn der Beleidigte ihre Äußerung erfährt und klagt? Das Reichsgericht hat diese Frage bejaht. Auch Äußerungen, die im engen Familienkreise fallen, sind nach seiner Auffassung strafbar.

Dagegen wendet sich in der »Deutschen Allgemeinen Zeitung« Dr. Karl Plumayer: »Mehr denn je«, ruft er entrüstet aus, »wird heute die Familie auf allen Rechtsgebieten geschützt. Die Treue zur Familie bedingt eine größere Aufgeschlossenheit ihr gegenüber, die nicht durch unzulängliche Strafgesetze belastet werden darf.«

Der wohlwollende Leser beginnt um Dr. Karl Plumayer besorgt zu werden. Glücklicherweise unberechtigt. Denn Plumayer merkt selber, daß sein juristisches Rößlein

Görings Weihnachtsgabe

20 RM Feiertagszulage jährlich.

Hermann Göring hat den deutschen Arbeitern etwas zu Weihnachten geschenkt. »Damit die Mitarbeiter an dem großen Werk des Führers die Feiertage in Freude erleben können«, bestimmt er, daß »für die Arbeitszeit, die infolge des Neujahrstages, des Oster- und Pfingstmontags sowie des 1. und 2. Weihnachtstages ausfällt, den Gefolgschaftsangehörigen der regelmäßige Arbeitsverdienst zu zahlen ist.« Eine Anordnung über Lohnzahlungen, meint die »Deutsche Allgemeine Zeitung«, »wäre früher ressortmäßig vom Arbeitsminister ausgegangen.« Daß sie im Zeichen der Durchführung des Vierjahresplanes steht und von Göring vollzogen wird, zeige, wie stark der Vierjahresplan alle Bezirke des deutschen Lebens erfüllt. Mit anderen Worten: Die Vollmachten, die der Führer dem General Göring erteilt hat, sind fast unbeschränkt. Er hat ihn zum Herren nicht nur über die Wirtschaftspolitik, sondern auch über die Sozialpolitik des Dritten Reiches gemacht. Herr Seldte, bisher schon eine bloße Hintergrundfigur, ist nun noch Göring ausführendes Organ.

Die Herren von der »Deutschen Allgemeinen Zeitung« möchten annehmen, »daß die guten psychologischen und kulturellen Auswirkungen dieser Anordnung noch größer sind als ihr materieller Wert, der von der Arbeiterschaft empfunden wird.« Diese Annahme ist durchaus richtig, denn daß es Göring nur um einen Propagandatrieb zu tun ist, der den Unternehmern wenig kostet und den Arbeitern wenig einbringt, geht aus der Begründung hervor, die Göring seinem Befehl vorausgeschickt hat. Darin heißt es:

»Die Durchführung des Vierjahresplanes stellt erhöhte Anforderungen an alle Gefolgschaftsangehörigen. Lohnverbesserungen können als Ausgleich dafür nicht gewährt werden.«

Von Görings Maßnahme darf, nach der »Frankfurter Zeitung« die Steigerung der Arbeitsfreude erwartet werden, die nicht nur dem Vierjahresplan, sondern unmittelbar auch den Betrieben selbst zugute kommen soll. Es wird also zugleich dafür gesorgt, daß auch den Unternehmern die Gewinnfreude nicht geschmälert werde. Auch sie gehen bei der Weihnachtsbescherung nicht leer aus. Sie dürfen sicher sein, die Arbeiter im Zeichen des Vierjahresplans zu höheren Leistungen zwingen zu dürfen, aber von der Bezahlung ihrer Mehrarbeit verschont zu bleiben. Was sie auf Görings Befehl den Arbeitern schenken müssen, ist weit weniger, als sie von ihm geschenkt bekommen. Es darf deshalb nicht Wunder nehmen, daß man, wie die »Frankfurter Zeitung« berichtet, »die Belastung der Wirtschaft durch den Feiertagslohn für erträglich« hält. Das ist sie in der Tat. Die Weihnachtsgabe besteht darin, daß der Jahreslohn des Arbeiters um einen Betrag erhöht wird, der dem Verdienst von höchstens fünf Arbeitstagen entspricht. Er bekommt statt nur 300 Arbeitstage 305 Arbeitstage bezahlt. Das ist eine

Lohnerhöhung von 1,6 Prozent als Entschädigung für eine unbegrenzte Anspannung der Arbeitskraft, ganz zu schweigen von der Verteuerung und Verknappung der Lebensmittel. Errechnet man das Durchschnittseinkommen der deutschen Lohn- und Gehaltsempfänger, indem man das amtlich geschätzte Jahreseinkommen aus Lohn und Gehalt von 1936 (35 Milliarden Mark) mit der durchschnittlichen Zahl der Beschäftigten (17½ Millionen) dividiert, so ergibt das ein Durchschnittseinkommen von 2000 Mark jährlich und 5,50 Mark täglich. In dieser Zahl sind aber die höheren Angestelltengehälter mit berücksichtigt. Der durchschnittliche Tagesverdienst des Arbeiters ist also höchstens 4 Mark. So hoch beziffert sich, in einer nackten Zahl ausgedrückt, Görings diesjährige Weihnachtsgabe für den deutschen Arbeiter, die dieser nach der Weisung der »Deutschen Allgemeinen Zeitung« als »nicht nur einen sozialen, sondern auch einen kulturellen Fortschritt« empfinden soll. Im nächsten Jahre wird dieser soziale und kulturelle Fortschritt auf etwa 20 Mark zu beziffern sein.

Aber es ist noch gar nicht einmal sicher, ob auch nur dieser winzige Lohnerhöhungsersatz wirklich ausgezahlt wird. Denn erstens kann durch Tarifordnung oder vom Unternehmer selbst durch Betriebs-(Dienst-)ordnung bestimmt werden, was als regelmäßiger Arbeitsverdienst anzusehen ist, und zweitens kann der Reichsarbeitsminister Ausnahmen »für einzelne Betriebe genehmigen, wenn es ihre wirtschaftliche Lage zwingend erfordert.« Der Reklamewert, den dieses Weihnachtsgeschenk für das Regime selbst hat, dürfte also seinen realen Wert für die Arbeiter weit übersteigen. G. A. F.

»Entlassen - weil sie Deutsche sind!«

Die »Frankfurter Zeitung« vom 5. November versieht einen Bericht ihres polnischen Korrespondenten über Entlassungen einiger deutscher Angestellter in Polen mit der zweispaltigen Ueberschrift: »Entlassen — weil sie Deutsche sind.« Man könnte dem Blatt empfehlen, unter dieser Ueberschrift eine tägliche Rubrik einzurichten, in der alle jene fristlosen Entlassungen deutscher Arbeiter und Angestellter bekanntgegeben werden, die fast täglich zu verzeichnen sind.

Die »Frankfurter Zeitung« und — wahrscheinlich, um eine abschreckende Wirkung auf die Arbeiter auszuüben — auch die Presse der Deutschen Arbeitsfront, veröffentlichten fortlaufend Urteile der Arbeitsgerichte, die die fristlosen Entlassungen rechtfertigen. Die mit dem Verlust des Erwerbs bestraften Arbeiter und Angestellten haben sich keinerlei ehrlose Handlungen zuschulden kommen lassen. Sie haben sich nicht irgendwie zu Angriffen gegen die Meister oder den Unternehmer hinreißen, sie haben sich auch sonst keinerlei Verstöße zuschulden kommen lassen. Sie sind keine »Auf-rührer« und keine »Bolschewisten«.

Das Verbrechen, das zu ihrer fristlosen Entlassung führte, besteht in der Mehrzahl darin, daß sie die immer wiederholten Versicherungen der Nationalsozialisten, die Beteiligung an den massenhaften »Spenden« sei freiwillig, ernst genommen haben, oder daß sie sich der Diffamierung ihrer Mitbürger widersetzen.

Eine große Anzahl von Opfern hat in den letzten Monaten das Winterhilfswerk gefordert. In allen Gegenden des Reiches ha-

ben sich die Arbeitsgerichte mit Einsprüchen von Arbeitern und Angestellten zu befassen, die, weil sie nicht den geforderten Betrag für das Winterhilfswerk zeichnen, einfach von ihrem Arbeitsplatz gejagt worden sind und nun durch das Arbeitsgericht wieder zu ihrem Recht kommen wollen. Fast ausnahmslos entscheiden die Arbeitsgerichte gegen sie. Die »Frankfurter Zeitung« vom 4. und 5. November bringt dafür wieder zwei Beispiele. Das Reichsarbeitsgericht bestätigte die Entlassung eines leitenden Angestellten, weil er nicht damit einverstanden war, »sich ebenso wie die ganze Gefolgschaft den üblichen Betrag von 10 Prozent seiner Lohnsteuer für das Winterhilfswerk abziehen zu lassen.« Das Reichsarbeitsgericht bestätigte, daß ein solches Verhalten einen Grund zur fristlosen Entlassung bilden könne. Mit seiner Weigerung habe der Kläger offensichtlich seiner grundsätzlich gegnerischen Einstellung gegen das WHW Luft machen wollen.«

In Wismar war ein Arbeiter entlassen worden, weil er sich weigerte, weitere Spenden für das Winterhilfswerk zu geben und sogar die Zurückerstattung bereits geleisteter »Spenden« verlangt haben soll. Das Arbeitsgericht hat seine Klage abgewiesen, weil jeder, der »sich der Ehrenpflicht jedes in Arbeit und Brot stehenden Deutschen ohne zwingenden Grund entziehe, sich damit außerhalb der Volksgemeinschaft stelle. Der Betriebsführer sei zur fristlosen Entlassung berechtigt gewesen.« So heißt es in der Begründung dieser »sozialen Rechtsprechung«.

Aus den sich vor den Arbeitsgerichten häufenden Klagen ist gleichzeitig zu ersehen, daß die Ablehnung des Winterhilfswerkes

und der raffiniert ausgebauten Erpressungsmethoden der Nationalsozialisten immer weitere Kreise der deutschen Bevölkerung erfaßt.

Das Reichsarbeitsgericht hat die fristlose Entlassung eines städtischen Angestellten bestätigt, weil dieser in drei Jahren insgesamt für 300 RM Waren auf Teilzahlung in einem jüdischen Warenhaus gekauft hatte. Diese Einkäufe in einem jüdischen Geschäft seien eine »schwere Pflichtverletzung des Angestellten nicht nur gegen seine Pflichten als Mitglied der NSDAP und der SA, sondern auch gegen seine Pflichten als Dauerangestellter einer der nationalsozialistischen Staatsführung unterstellten Stadtgemeinde«.

Nahezu täglich liefern die Arbeitsgerichte des Dritten Reiches ähnliche Urteile. Dabei kommt aber nur ein Bruchteil der fristlosen Entlassungen an die Arbeitsgerichte, weil es die große Mehrzahl der Betroffenen infolge der von vornherein feststehenden Aussichtslosigkeit vorzieht, sich mit dieser schändlichen Terrormaßnahme abzufinden.

Wenn sich also die nationalsozialistische und die gleichgeschaltete Presse über »Entlassungen — weil sie Deutsche sind« aufregt, dann braucht sie sich das Material hierfür nicht von ihren ausländischen Korrespondenten zurechtbiegen zu lassen, sondern kann es aus dem Inland holen, wo es ihr täglich in reichem Maße geliefert wird. Denn alle die fristlosen Entlassungen werden ausgesprochen, weil diese Arbeiter und Angestellten Deutsche, und nicht erbärmliche Kreaturen der nationalsozialistischen Diktatur sein wollen.

Die 90-Millionenwahl

Ohne Gegenkandidaten

Am 12. Dezember hat Sowjetrußland seinen Obersten Sowjet und seinen Nationalitätenrat gewählt. Die Ernennung der Kandidaten erfolgte durch die Organisationen der Staatsmacht, eine Aufstellung von Gegenkandidaten kam dabei gar nicht in Betracht. Nach den amtlichen Nachrichten ist es gelungen, fast die gesamte Wählerschaft, das heißt fast alle männlichen und weiblichen Sowjetbürger — 90 Millionen Menschen — an die Urne zu bringen, eine ergaunliche organisatorische Leistung! Aber für die wirkliche Stimmung der Bevölkerung besagt ein solcher Massenauftrieb nichts.

Beide Häuser, der Oberste Sowjet und der Nationalitätenrat, werden je etwa 600 Mitglieder haben, beide besitzen das Recht der legislativen Initiative, ohne beider Zustimmung kann nach der neuen Verfassung kein Gesetz zustandekommen. Die beiden Häuser sollen binnen Monatsfrist nach ihrer Wahl zusammentreten.

Mit großen Hoffnungen ist seinerzeit die neue Sowjetverfassung und die Ankündigung allgemeiner Wahlen begrüßt worden. Viele erblickten in diesen reformatorischen Maßnahmen den Willen zu einer Auflockerung des Diktatorsystems und zu einer staatsmännlich behutsamen Evolution in der Richtung zur Demokratie. Hätten sich solche Hoffnungen verwirklicht, so hätte man sagen können, daß die Schreckensherrschaft der großen russischen Revolution eben auch nur ein Schritt zur Verwirklichung der allgemeinen Menschenrechte gewesen sei. Statt dessen setzte aber eine neue Welle des Terrors ein, die alle früheren an Gewalt übertraf. Nach der Massenerschließung der alten Bolschewiken wird kaum noch ein unabhängiger Beobachter den Mut haben, die Wahlen vom 12. September als einen großen Fortschritt zu feiern.

Die Sowjetverfassung garantiert die Freiheit der Rede, der Presse, der Versammlung — aber sie setzt dabei als selbstverständlich voraus, daß sich jedermann den Geboten der regierenden Partei und ihres allmächtigen Generalsekretärs zu fügen hat. Die staatsbürgerlichen Freiheiten bleiben unter diesen Umständen auf dem Papier als eine Verheißung für eine ganz unbestimmte Zukunft. Auch von der — verfassungsmäßig natürlich »freien« — Aussprache in den Sowjetparlamenten wird man sich nichts versprechen können, so lange jede Opposition von den Kugeln der Hinrichtungskommandos bedroht ist.

Volkswirtschaft ist Wehrwirtschaft

Wohlstand ist nicht das Ziel.

Prof. Dr. Jens Jessen von der Universität Berlin hat als »führender deutscher Nationalökonom« in der »Zeitschrift der Akademie für deutsches Recht« seine Ansicht

über die Stellung der Volkswirtschaft und der Weltwirtschaft zum Besten gegeben.

Bisher war man der Auffassung, daß die wirtschaftspolitische Wissenschaft den allgemeinen Wohlstand, wenn auch zumeist nicht erreicht, so doch mindestens erstrebe. Aber die »Führung« hat befohlen, daß Kanonen wichtiger zu sein haben als Butter, deshalb lehrt Prof. Jessen, daß das Ziel der Volkswirtschaftspolitik nicht die Sicherung des höchstmöglichen materiellen Wohlstandes überhaupt — weder im ganzen noch im einzelnen — ist, wie es der liberalen Reichtumslehre vorschwebte, sondern die Sicherung des Maßes an Wohlstand, das der politischen Führung das größte Maß an Bewegungsfreiheit gibt. Die »Führung« hat also nicht die Aufgabe, dem Volk den Wohlstand zu sichern, sondern das Volk hat die Pflicht, sich verarmen zu lassen, um der »Führung« die Macht zu sichern. Das nehme, meint der Professor »der nationalsozialistischen Wirtschaftslehre jeden Doktrinarismus«. Wenn die einzige Doktrin die ist, daß man der »Führung« zu gehorchen hat, kann man allerdings auf jede andere und sogar auf das Denken überhaupt verzichten. Wenn das Ziel der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik nicht der Wohlstand ist, so müßte man meinen, ist es eben der Mißstand. So ist es aber auch nicht, denn der Nationalsozialismus scheidet sich »nicht nur von der liberalen Reichtumslehre, sondern auch von der Armutstheorie, wie sie mitunter von ausländischen Kritikern dem Nationalsozialismus unterstellt wird. Keine volksbewußte Führung kann es zulassen, daß um den Preis möglicher Erpressungen in entscheidenden Augenblicken der Auseinandersetzungen der Völker das absolute Maximum der Versorgung mit irdischen Gütern, z. B. im Wege eines hemmungslosen zwischenstaatlichen Güteraustausches, als Ziel der Wirtschaftspolitik verfolgt wird. Man verzichtet also darauf, es dem Volke besser gehen zu lassen, wenn es die Kriegsvorbereitung stört, und wenn das Volk nicht immer besser, sondern immer schlechter versorgt wird, so nicht, weil die Armut das Ziel des Nationalsozialismus ist, sondern weil er sein Ziel der Kriegsvorbereitung nicht erreichen kann, ohne das Volk verarmen zu lassen. Die tatsächliche Verarmung wird am besten ohne Armutstheorie betrieben, mit dieser hat der Nationalsozialismus »jedenfalls nichts zu tun«, dagegen bestreite niemand, daß »nach dem Gesamtziel deutscher Volkswirtschaftspolitik die Bezeichnung Wehrwirtschaft als zutreffend anzusehen ist.« »Aber ob die Wehrwirtschaft«, schreibt der Professor, »wie besonders in dem englischen Schrifttum zu lesen ist, als eine spezifisch deutsche Erfindung angesehen werden kann, muß dagegen füglich bezweifelt werden. Sie ist eher eine Erfindung in dem Sinn, wie vor dem Krieg der deutsche Militarismus eine Erfindung einer zugleich oberflächlichen und gehässigen Kritik war.«

Daß die deutsche Wissenschaft nur noch der Kriegsvorbereitung dient, gibt der Professor also selbst zu, aber erklärt es für eine ausländische Erfindung, wenn es das Ausland behauptet. Angesichts dieser Logik drängt sich einem der Eindruck auf, daß aus der deutschen Wissenschaft etwas geworden ist, was kein Erfindungsgeist voraussehen konnte. G. A. F.

Hochwertige Lumpen

Und wilde Steppdeckenhersteller

Worauf Menschen in ihrer Absicht, die Volksgemeinschaft zu schädigen, verfallen können, zeigt eine Anordnung der Ueberwachungstelle für Wolle (»Frankfurter Zeitung« Nr. 625):

»Kleine und kleinste Betriebe haben in der letzten Zeit die Herstellung von Steppdecken, Kissen und Kaffeewärmern aufgenommen. Es besteht keine hinreichende Gewähr dafür, daß von den in Betracht kommenden Betriebsinhabern die Bekanntmachung der Verarbeitungsbeschränkungen für lumpenverarbeitende Betriebe vom 27. Februar 1937 eingehalten wird. Unter allen Umständen muß vermieden werden, daß hochwertige Lumpen . . . zu Füllstoff verarbeitet werden.«

Natürlich muß zum Schutze der hochwertigen Lumpen alles getan werden, was in der Macht der Ueberwachungstelle steht:

»Die Ueberwachungstelle für Wolle und andere Tierhaare hat daher durch eine Anordnung (Wr. 2) die Verwendung gerissenen und gekrempten Füllstoffes zur Anfertigung von Steppdecken, Kissen, Kaffeewärmern und Reformunterbetten . . . verboten.«

Die Sache ist somit zufriedenstellend geregelt. Bleibt nur noch die Schuldfrage. Auch sie ist geklärt:

»Die Anordnung richtet sich vor allem gegen die wilden Steppdeckenhersteller.«

Hierunter sind, da Deutschland erst in sechs Jahren Kolonien erhalten wird, Einheimische zu verstehen, die Steppdecken und Sofakissen — nur ein Viertelstündchen — heimlich anfertigen. Also weder die Erzeuger noch die Produkte werden wild genannt, sondern das Verfahren.

Deutsche Kurzberichte

Die siebeneinhalbstündige Arbeitszeit im saarländischen Bergbau, eine Errungenschaft, deren sich die Kumpels noch aus der Zeit erfreuten, da sich das Saargebiet noch unter der Verwaltung des Völkerbundes befand, ist seit dem 15. Dezember beseitigt. Von diesem Tage an ist die Arbeitszeit auf acht Stunden verlängert worden.

Die deutsche Schrotteinfuhr erreichte im Monat Oktober mit 70.100 Tonnen eine neue Rekordhöhe. Im September hatte die Schrotteinfuhr nur 43.900 Tonnen, und im Oktober 1936 gar nur 19.100 Tonnen betragen.

Das Buch der Verachtung

Ein Brite sieht das Dritte Reich

Hitlers Behauptung, er habe Deutschland neues Ansehen in der Welt verschafft, trifft zum mindesten auf den Professor der Universität Sidney, Stephen H. Roberts, nicht zu. Dieser hat das heutige Deutschland bereist, hat mit Hitler und den kleineren Größen Zwiesprache halten dürfen und hat dann das Ergebnis seiner weit ins Einzelne gehenden gründlichen Untersuchung in einem Buche niedergelegt »The House that Hitler built« (Das Haus, das Hitler baute), das kürzlich bei Methuen in London erschienen ist. Von dem Ansehen, das Deutschland durch Hitler erworben haben soll, merkt man darin nichts.

Heinrich Mann hat ein Buch, das er dem Dritten Reiche widmete, »Haß« genannt. Hätte Roberts den Titel seines ganz unlyrischen, sehr positiven und sachlich beschreibenden Buches ebenfalls aus der Gefühlswelt geholt, so hätte er es »Verachtung« nennen müssen. Der englische Leser wird das vielleicht gar nicht so empfinden, sondern vielmehr den Eindruck einer ganz leidenschaftslosen wissenschaftlichen Objektivität erhalten. Dem Deutschen aber schlägt aus diesem Buch der eiskalte Hauch der Verachtung entgegen. Es heißt darin nicht: »So ist dieser oder jener«, sondern es heißt: »So sind sie alle!«

Was in dem kürzlich hier besprochenen Buch Attlees nur eine beiläufige Bemerkung ist — am Ende sei der an militärische Despotie gewöhnte Deutsche doch anders geartet als der freiheitsliebende Engländer — ist bei Roberts das Leitmotiv. Er beurteilt nicht nur die führenden Personen, die ihm zu Porträt saßen, mit geradezu vernichtender Schärfe (das »Neue Tagebuch« ist wegen der wörtlichen Wiedergabe eines Kapitels in Oesterreich verboten worden), er dehnt dieses Urteil auch auf das Volk aus, das sich von solchen Herren regieren läßt. »Die Deutschen«, sagt Roberts, »sind eine politisch zurückgebliebene Rasse. Sie leben noch im »mythischen« Stadium der Entwicklung.«

»Die Deutschen haben niemals die Demokratie gewollt. Sie sehnen sich nach Autorität, sie haben Respekt nur vor der Gewalt. Sie haben kein Verlangen nach persönlicher Freiheit... Die Schöpfer der Weimarer Verfassung glaubten, die Deutschen seien politisch zu erziehen, wenn sich ihnen Gelegenheit dazu böte. Aber ihre Annahme, die politische Fähigkeit einer klassenbewußten Minderheit lasse sich auf das ganze Volk übertragen, beruhte auf einem Irrtum.«

Ähnliche Konstatierungen trifft er auf allen Einzelgebieten. Ruhig stellt er fest, daß die Justiz in Deutschland nur noch ein Herrschaftsinstrument einer Parteilregierung, daß die Idee des Rechts erstorben ist. Aber die Opfer dieser Justiz erwähnt er kaum. Er weiß nichts von den illegalen Kämpfern, die um ihrer Ueberzeugung willen ins Zuchthaus und auf das Blutgerüst gegangen sind. Mit Spannung blättert man das Kapitel über den Kirchenkampf an, der doch sonst im protestantischen England so viel gefühlsmäßige Anteilnahme gefunden hat. Aber man findet auch hier nur mitleidlose Ueberobjektivität. Der Reichsbischof Müller? Ein ehemaliger Militärpfarrer! Und sein berühmter Antagonist Martin Niemöller? Ein ehemaliger U-Boot-Offizier, noch immer in der alten Kriegsmilitarität befangen. Sozusagen nur zwei Militaristen mit Bäffchen.

Es gibt nur ein Kapitel des Buches, bei dem man den Eindruck hat, daß bei dem Verfasser das Gefühl durchbricht. Das ist das Kapitel über die Juden. Hier vermag er seine Entrüstung doch nicht mehr ganz zu bändigen. Aber auch hier wieder findet man dieselbe Methode einer kalten, scheinbar völlig objektiven, aber doch ungerechten Generalisierung:

»Wer durch Deutschland reist, ist tief beeindruckt von der allgemeinen Ueberzeugung der Meinungen, eine solche Verfolgung sei eine gute Sache. Er hätte erwartet, daß viele gesagt hätten, das sei eine unwillkommene Notwendigkeit, aufgezungen durch die Propaganda oder durch den Druck der Ereignisse — doch war das keineswegs der Fall. Alle verherrlichten die

Verfolgung, sie waren stolz auf ihre Durchführung und sahen erwartungsvoll dem Tage entgegen, an dem auch nicht ein einziger Jude mehr in Deutschland leben würde.... Die Idee der Rassenverfolgung wurde von jedermann gebilligt.«

Wie erklärt sich die Entstehung dieser Auffassung, die zu unseren Berichten aus Deutschland in so schroffem Gegensatz stehen? Offenbar doch daraus, daß kein Reichsinländer es für ratsam gehalten hat, einem Herrn, der von Hitler empfangen wurde, sein Herz auszuschütten. Die Deutschen sind schweigsam geworden — gegenüber Fremden, die unter behördlicher Obhut stehen, erst recht.

Daß das deutsche Volk zu schwach war, die Schmach, die ihm angetan wurde, abzuwehren, ist leider eine unbestreitbare und höchst unglückliche Tatsache. Die Behauptung aber, es trüge diese Zustände in allen seinen Teilen mit innerer Zustimmung, ja beinahe mit einer gewissen Wollust, tut ihm bitter unrecht. Man hüte sich, die überspitzte Rassentheorie, die die Nazi gegen die Juden erfunden haben, nun gegen die Deutschen anzuwenden. Die Vorstellung, daß es auf der einen Seite Nationen gebe, die zu Freiheit und Kultur bestimmt sind, auf der anderen Seite aber andere, die, unerziehbar und unbeherrschbar, immer wieder in die Barbarei zurückzusinken, müßte für die ganze Menschheit zu den furchtbarsten Konsequenzen führen. Wären die Deutschen wirklich so, wie Roberts sie sieht, dann wäre für alle absehbare Zeit das Leben vielleicht gerade noch in Australien erträglich, aber bestimmt nicht in Europa, und keine Friedens- und keine Kriegspolitik könnte den unglücklichen Weltteil von diesem Uebel befreien.

Es gibt aber außer dem heute herrschenden, im Vordergrund aufdringlich lärmenden Deutschtum noch ein anderes, besseres, Jenes Deutschtum, das aus Goethe, Schiller und Beethoven, aus Kant und Fichte seine beste geistige Kraft gezogen hat, lebt noch. Es in seinem unendlich schweren Kampf zu ermutigen und zu stärken, ist das einzige noch denkbare Mittel, den drohenden Zu-

sammenbruch aller menschlichen Kultur aufzuhalten.

Roberts rechnet mit dem Krieg, wie mit einem mathematisch berechenbaren Ereignis, und er zweifelt nicht daran, daß dieser Krieg zur Vernichtung des jetzigen Deutschland führen wird. Er sieht die wirtschaftlichen Schwächen, die sozialen Schäden des Systems, die mit den gegenwärtig angewandten Mitteln niemals auszufüllenden Lücken der Kriegsvorbereitung, den Bankrott der Agrarpolitik, den Lebensmittelmangel. Er glaubt nicht, daß Hitler im Ernstfall auch nur auf einen einzigen zuverlässigen Verbündeten rechnen kann. Die Gegner Deutschlands hält er aber für außerordentlich stark. Das gilt besonders von der Tschechoslowakei, deren Heer er rühmt und deren jetzt befestigte Grenzgebirge ihm unübersteigbar scheinen. Von der Mährischen Pforte sagt er, der Versuch, durch sie einzudringen, würde mehr Opfer kosten als der vergebliche Kampf um Verdun.

Wenn aber Deutschland noch einmal geschlagen wird, was dann? Dies ist die letzte Folgerung, mit der Roberts sein inhaltsreiches, aufwühlendes, oft zur Zustimmung, aber auch oft zu entschiedenem Widerspruch herausforderndes Buch abschließt:

»Das ist, was die Lage Deutschlands so tragisch macht. Die Nation ist genarrt und auf einen Weg gestoßen worden, der nur ins Unheil führen kann. Die Nation mag wiedergeboren werden, es mag ein »neues Deutschland« kommen, aber wenn dieses neue Deutschland nicht lernt, in internationalen Dingen die Gewohnheiten der politischen und ökonomischen Zusammenarbeit anzunehmen, dann steht diese Nation vor dem letzten Ruin, der letzten Enttäuschung...«

Wie man sieht, wird der schwache Schimmer eines Optimismus, der schließlich doch von einem »neuen Deutschland« spricht, gleich wieder durch Wolken des Zweifels verdunkelt, ob ein neues Deutschland überhaupt möglich sei. Wir aber möchten fragen, ob der schlimmere Fall, mit dem Roberts offenbar rechnet, nur

das deutsche Volk vor das letzte Elend und die letzte Verzweiflung stellen würde und nicht etwa auch alle übrigen Völker des weißen Kulturkreises. Man könnte dann — da niemand diese Frage verneinen kann — zu Feststellungen von alleräußerstem Pessimismus nicht nur für Deutschland, sondern auch für die ganze übrige Welt.

Kein siegreicher Krieg gegen Deutschland wäre ein gewonnenener Krieg, wenn er Deutschland in seinem gegenwärtigen Zustand beließe oder es gar noch tiefer in die Barbarei hineinstieße. Ein solcher Krieg würde schließlich auch für die Sieger ein immer wieder verlorenener sein.

Die Politik der anderen gegenüber Deutschland hat nur dann einen Sinn, wenn sie gegen das Deutschland kämpfen, wie es heute ist, für das Deutschland, wie es sein soll und sein wird. Für dieses Deutschland zu kämpfen — sei es auch auf die Gefahr hin, als verlachter Illusionist ins Grab steigen zu müssen — ist tausendmal besser, als trübsinnig über eine Zukunft der Menschheit zu philosophieren, die durch ein unverbesserliches deutsches Volk ewig verdorben bleiben wird.

Wer die Gefahr eines neuen Weltkriegs mit hoffnungslosem Ausgang vor sich sieht, der müßte schließlich auch ein letztes versuchen, um das drohende Verhängnis abzuwenden: den Appell an das deutsche Volk selbst, über die Köpfe seiner Beherrscher hinweg. Roberts Buch enthält, neben manchem Anfechtbaren, sehr viel unerbittliche Wahrheit. Es zeigt auch in jenen Partien, in denen man ihm nicht zustimmen kann, mit schonungsloser Deutlichkeit, in welchen Ruf das deutsche Volk geraten ist, welche Verachtung, welche Feindschaft es auf sich geladen hat, und welchen Gefahren es entgegenght. Es wäre ein letzter Versuch, den Frieden der Welt zu retten, wollte man einmal Wahrheit und Warnung mit solcher Kraft über die Grenze schreien, daß das ganze deutsche Volk sie hören müßte. F. St.

Reichspresseschef contra Kant

Persönlichkeit und Parteibuch

Im letzten Jahre hat sich im Dritten Reich die Diskussion um Begriffe wie Individualität und Persönlichkeit gesteigert, denn unter solcher Tarnung kann sich die Sehnsucht nach Freiheit unauffällig hervorwagen. Es mußte etwas geschehen. Die Verherdung läßt sich auf die Dauer nicht romantisieren, also mußte die Nazi-Propaganda behaupten, daß die nun einmal vom »größten Deutschen« als höchstes Glück gefeierte leidige Persönlichkeit auch im totalen Staat gedeiht. Das sollte am 3. Dezember der Reichspresseschef Dr. Dietrich auf einer »Kundgebung der deutschen Studentenschaft« in der Berliner Universität mit einer Rede über »Persönlichkeit und Gemeinschaft« näher erklären.

Wie erschlägt der richtige Nazi oppositionelle Forderungen? Er unterstellt dem Gegner unsinnige Auffassungen. »Dem individualistischen Denken liegt die irrige Voraussetzung zugrunde, daß der Mensch ein Einzelwesen sei, während sich sein Leben in Wirklichkeit doch in der Gemeinschaft abspiele. Welch eine funkelnegeleue Entdeckung! Selbst Robinson wußte das noch nicht und seine Leser hatten es offenbar wieder vergessen. Der Marxismus, der Gegner des freien Spiels der wirtschaftlichen Kräfte, ist für Dietrich »eine Spätform liberalistischen Denkens...« Und was ist es mit der von Mekkerern wieder ersehnten individuellen Freiheit? Wir zitieren nach dem Bericht des »Völkischen Beobachters« vom 10. Dezember: »Der individualistische Freiheitsbegriff will Befreiung des Einzelnen von Pflicht gegenüber der Gemeinschaft.« Wo steht das? Welcher Vertreter des Liberalismus hat je solchen Blödsinn gefordert? Der Presseschef hat Belege nicht nötig, was Liberalismus ist, bestimmt er. Und so konstru-

iert er sich nach Belieben einen verbrecherischen antisozialen Individualismus, einen märchenhaften Liberalismus, einen noch nie gehörten Marxismus, um diese »falschen Denksysteme« zum allgemeinen Staunen seiner Zuhörer mit tönenden Banalitäten tot zu schlagen.

Er fragt: »Wie ist Persönlichkeit, wie ist persönliche Freiheit innerhalb gemeinschaftlicher Gebundenheit möglich?« Jahrtausende haben darauf bisher nur eine Antwort gegeben: Durch soziale Demokratie. Nein, sagt Dietrich, nur durch den Nationalsozialismus, denn der wolle auch Freiheit, allerdings eine andere, als sich die Kritiker vorstellen — und nun wird der Mann endlich wesentlich durch das, was er gesteht:

»Freiheit wozu, Freiheit zum Schaffen im Sinne des Nationalsozialismus braucht man bei uns nicht zu fordern, denn sie ist vorhanden. Wenn trotzdem bei uns irgendwo der Ruf nach Freiheit ertönt, dann kann er nur von Menschen kommen, die einem Wesen gemäß handeln wollen, das nicht mit dem Wesen unserer nationalen Gemeinschaft übereinstimmt, sondern ihr entgegengesetzt ist. Was sie fordern, ist nicht Freiheit zu gestaltender Mitarbeit, sondern zu zerstörender Gegenarbeit. Was sie fordern, ist nicht Freiheit der Persönlichkeit, sondern entartete Freiheit, jene Freiheit, die wir als Freiheit der Miesmacher und Stänkerer bezeichnen.«

Welch eine einfache Lösung des »jahrhunderte alten Problems!« Schreibe für Hitler, rede für die NSDAP — und du darfst reden und schreiben so viel du willst. Was Göbbels, Rosenberg usw. dem Ausland in den letzten Jahren immer wieder vernebelt haben, wird durch Dietrich wiederum offen-

ausgesprochen: Bei uns gibt es nur eine braune Gedankenfreiheit! Denn unsere Weltanschauung ist so universal, daß sie noch nicht in unsere Köpfe geht: »Was der Genius des Führers aus begnadeter Schöpferkraft dem deutschen Volke gab, ist so groß und gewaltig, daß wir es in seiner Ganzheit als geschlossenes Denkgebäude heute noch gar nicht erfassen können.«

Wieder eine Wahrheit: niemand konnte dieses »Denkgebäude« bis heute kapierten, denn es beruht »in einer völlig neuen Erkenntnis«, in der »rassischen Bedingtheit aller Werte«, deren energischster Vorkämpfer der osteuropäische Mischling Alfred Rosenberg ist: »In der Idee der Rasse die Grundlage unseres Denkens und Handelns erkannt zu haben, ist die große epochale Entdeckung des Nationalsozialismus, die keine Vorläufer hat...« Der im Irrsinn gestorbene Dreschgraf Pückler und andere Väter des deutschen Antisemitismus rotieren im Grabe, denn sie haben den Rassenmumpitz schon erfunden, ehe Hitler geboren wurde, ja sie wußten sogar, daß diese neue Entdeckung seit Jahrtausenden bei den Wilden praktiziert wurde, insofern bei ihnen die Rasse relativ klar erschien und jeder als Feind oder verdächtig galt, der anderen Blutes und Volkes war. Was sie immerhin nicht hinderte, ab und zu nach Blut-auffrischung durch rassenschänderische Vermischung mit Angehörigen fremden Blutes zu trachten. Aber da geraten wir schon in die Wissenschaft, also weit weg von Dietrich, der sich von Kant abwendet, weil »ihm jene große Entdeckung fehlte«, nämlich die vom germanischen Rassenmythos. Sonst könnte Kant heute anders dastehen.

Wie also wird Persönlichkeit gezüchtet? — fragt der Redner zum bitteren Schluß.

Die vier apokalyptischen Reiter

1. Der Mord — als »Künstler«.

»Alle Abrüstungskonferenzen verstoßen gegen heilige Gesetze völkischer Selbsterhaltungspflicht und müssen ergebnislos bleiben... Das Streben nach Abschaffung des totalen Unterseebootkrieges, d. h., daß jedes Schiff, das ein Unterseeboot in einer bestimmten Sperrzone antrifft, auch unter neutraler Flagge versenkt wird, wird, wie schon das Verbot des Abwurfes von Bomben über die Bevölkerung der kriegführenden Staaten, immer ein frommer Wunsch bleiben... Jetzt kommt der Zeitpunkt, in dem Bombengeschwader fortgesetzt mit größter Unerbittlichkeit, nur gehemmt durch Witterungslagen, gegen sie (die Zivilisten) einzusetzen sind... Jetzt ist denn auch der Zeitpunkt gekommen, in dem die Propaganda, die... aus der Friedenszeit her eingesetzt ist und mit zerstörerischer Gewalt innerhalb des feindlichen Volkes zur Wirkung gebracht wird.«

»... Aber ebenso wie bei jedem anderen Künstler, entscheiden beim Feldherrn neben dem Beherrschen des Handwerks geniales und schöpferisches Können...«

»Und dann verdient das Volk einen Feldherrn, wenn es sich in seinen Dienst, d. h. in den Dienst des Führers des totalen Krieges stellt... In solchem Fall gehören Feldherr und Volk zusammen, sonst — ist der Feldherr für das Volk zu schade.« (Erich Ludendorff, »Der totale Krieg«, München, 61.—80. Tausend.)

2. Die Pest.

»... Die Tatsache, daß der Bolschewismus sich in der Durchsetzung seiner Ziele propagandistischer Methoden bedient, die nur der Kenner zu durchschauen vermag, denen gegenüber aber die bürgerliche Welt mit fast naiver Schimmerlosigkeit steht, macht diese Internationale des Grauens auch für andere Staaten und Völker außerordentlich gefährlich; denn diese Propaganda geht von dem Grundsatz aus, daß der Zweck die Mittel heilige, daß Lüge, Verleumdung, Einzel- und Massenterror, Raub, Brand... in ihren Dienst gestellt werden dürfen. »Vor nichts und niemand schreckt diese so außerordentlich gefährliche Art der Massenbeeinflussung zurück. Nur wer ihre geheimen Triebkräfte durchschaut und ihr geeignete Gegenkräfte entgegenzustellen weiß, ist ihr gewachsen. Denn diese Propaganda versteht es, auf allen Instrumenten zu spielen. Sie gibt sich geistig, wo es gilt geistige, sie gibt sich bürgerlich, wo es gilt bürgerliche, sie gibt sich proletarisch, wo es gilt proletarische, sie gibt sich zahm, wo es gilt zahme, und sie gibt sich blutig, wo es gilt blutige Widerstände (blutigen Dilettantismus?) niederzulegen.«

(Göbbels 1935 auf dem Parteitag.)

»Der Reichstagsbrand war das letzte lodrende Final einer Auseinandersetzung, die nun fällig war. Wir haben dann

auch gehandelt... Deutschland ist nicht mehr wiederzuerkennen.«

(Göbbels 1936 im Sportpalast.)

»Es ist der ewige Wille des Schöpfers gewesen, daß die nationalsozialistische Bewegung zur Macht gekommen ist.«

»Adolf Hitler allein leistet mehr als sechshundert Parlamentarier... Die Meckler sollten sich einreihen in die Front aller.« (Dr. Hans Frank bei der Kundgebung)

»Wir greifen an!« in Chemnitz.)

»Die zweijährige Wirksamkeit des Volksgerichtshofes hat keinem ernsthaften Kritiker Veranlassung geben können, an der Rechtmäßigkeit und Gesetzmäßigkeit seiner Urteilsfindung zu zweifeln oder die Qualität der Richter in irgend einem Punkte in Frage zu stellen. Wenn heute der Volksgerichtshof aus der Atmosphäre des Vorläufigen heraustritt (— in eine noch dickere Luft? —) und ein echtes Glied der deutschen Gerichtsorganisation wird, so geben wir damit dem Inhalt seiner Tätigkeit die Rechtsform.«

(Justizminister Dr. Gürtner.)

»Recht muß sein, was die NSDAP als Recht erkannt hat.«

(Dr. Frank, Burg Vogelsang, Nov. 1936.)

3. Der Wucher.

»... Diese Abgabe von Kolonien liegt in ihrem (der Großmächte) eigenen Interesse, weil wir sonst eben doch gezwungen sein könnten, um jeden Preis zu exportieren, und damit die übrigen Exportländer zu schädigen... Dabei kann das Ausland über eines beruhigt sein: mittels der Rohstoffe auf eigenen Gebieten und mittels der selbst erzeugten Rohstoffe werden wir nicht dazu übergehen, den Export neuerdings zu steigern und dabei erst recht in Wettbewerb zu treten.«

Was ins Deutsche übersetzt heißt: Neger her, oder wir machen selbst welche.

Auf alle Fälle werden aber indessen die Deutschen selbst, zwar nicht rassisch aber rechtlich, verneigt; wie, sagt am besten Kollege Ley:

»... »Gemeinschaft... muß vielmehr ständig gelbt und exerziert werden... Die Deutsche Arbeitsfront soll daher der Exerzierplatz der Gemeinschaft der schaffenden Deutschen sein.«

(Auf dem Reichsparteitag in Nürnberg.)

Man weiß jetzt, warum das römische Recht als undeutsch bekämpft wird; dieses sieht nämlich nicht nur die »Zinsknechtschaft« des Dr. Schacht und die »Stillehalteabkommen« als Kreditwucher, sondern die Verklawung des Inlandes und Erpressung des Auslandes als Sachwucher an.

4. Der geistige Tod.

Es gibt nicht nur einen Reichstagsbrand, sondern auch einen »Brand« im Opernhaus. Dieser spricht durch Herrn Reichsdramaturgen Dr. Rainer Schlösser folgendermaßen:

Bei solchen Sätzen geht es mit meiner Geduld zu Ende, und ich spüre Lust, ich fühle es selbst als Pflicht, den Deutschen einmal zu sagen, was sie alles schon auf dem Gewissen haben. Alle großen Kulturverbrechen von vier Jahrhunderten haben sie auf dem Gewissen... Sie haben alles, was kam, was heute da ist, auf dem Gewissen, diese kulturwidrigste Krankheit und Unvernunft, die es gibt, den Nationalismus, diese névrose nationale, an der Europa krank ist, diese Verwilderung der Kleinstaaterei Europas, der kleinen Politik: sie haben Europa selbst um seinen Sinn, um seine Vernunft, — sie haben es in eine Sackgasse gebracht.«

Der Fall Wagner.

IV.

»Es gehört selbst zu meinem Ehrgeiz, als Verächter der Deutschen par excellence zu gelten... Die Deutschen sind für mich unmöglich. Wenn ich mir eine Art Mensch ausdenke, die allen meinen Instinkten zuwider läuft, so wird immer ein Deutscher daraus.«

Ecce homo.

So Nietzsche. Nicht wir denken — wohl aber Nietzsche dachte so! Kaum notwendig zu betonen, daß wir seine antideutschen Ausbrüche in ihrer ungerechten Verallgemeinerung glatt ablehnen. Aber darauf kommt es hier nicht an. Einzig und allein darauf, wie und was der Mann dachte, dessen Stock Adolf Hitler mit Stolz und Freude empfangen hat. Man müßte Nietzsche beim ersten Lesen dieser Zitate für einen wilden Antideutschen der Art halten, wie Hitler

»Wir haben die Wahrung und Verteidigung unserer eigenen kulturellen Güter zum höchsten Grundsatz erhoben, und wir haben einen jeden, ... vom Artisten bis zum Wagnersänger, vom Souffleur bis zum Regisseur auf diesen höchsten Grundsatz verpflichtet.«

(Zittauer Morgenzeitung.)

»Die Reichsschrifttumskammer ist keineswegs nur ein Verwaltungsapparat, sie ist vielmehr eine Art Reichsgericht, die letzte Instanz für Auseinandersetzungen der neuen Bewegung mit den ihr begegnenden dichterischen Kräften, ein wachendes Gewissen des Nationalsozialismus, das an der Ausrichtung der Geister mitzuwirken hat.«

(Chemnitzer Neueste Nachrichten.)

Der gleiche Herr sagt (zitiert nach dem »Deutschen Wege«, Oldenzaal):

»So wie die Gebetsmühlen des Tibet ihre Frömmigkeit symbolisch einschalten in den Blutkreislauf der Schöpfung, wenn sie in den Ablauf der Flüsse gestellt werden; so wie die Fahne von ihrer Gefolgschaft als pfingstliche Zunge im Odem des Schöpfers erfüllt wird, ebenso tief und über jeden Materialismus erhaben umgürtet die Liebe dieser Mannschaft, dieses verschworenen Ordens das Leben des Führers. Das Leben des Führers bleibt auf diese Weise nicht nur Wirklichkeit, sondern wird zu einer Wahrheit, das heißt, wird geistiges Erlebnis.« Die Wahrheit in der Reklame des Gebetsmühlenbetriebs.

Was aber seine Wahrheit ist, das sagt uns am besten (laut »Frankfurter Zeitung«) der NS-Philosoph Martin Heidegger:

»Die Wahrheit kann sich nicht alles Verborgenen entledigen; zu ihrem Wesen gehört das Sein und Nicht; Wahrheit ist in ihrem Wesen Unwahrheit.«

Der Mörder epiligiert:

»Ich verweise nochmals auf die Verfühlung, wonach sowohl im Bürgerbräukeller wie am Marsch am 9. November nur die Blutfahne mitgeführt werden darf.«

gez. Christian Weber.

Ein alter Bekannter vom 30. Juni.

Zurück zum Ahnenkult

»Der Gau Mecklenburg der NSDAP hat auf dem Gebiet der Ahnenverehrung eine neuartige Einrichtung geschaffen. In Wismar, Bad Doberan und Güstrow sind Ahnenhallen entstanden. Frühere Kapellen, die nicht mehr benutzt werden, bekamen eine für diesen Zweck geeignete würdige Ausstattung. In diesen Ahnenhallen werden die Ahnentafeln der einzelnen Sippen angebracht. In der letzten Zeit wurden die Ahnentafeln mehrfach für Sippenfeiern benutzt. Namensweihen und Eheschließungen wurden hier in besonders feierlicher Form vorgenommen.«

Deutsche Zeitungsmeldung.

Durch entsprechende Auslese, wie sie Hitler kultiviert hat: »Er ist es, der die Persönlichkeiten, die Genies in unserem Volke geradezu mit der Laterne sucht...« Es wird an der Laterne liegen, daß er so vergeblich sucht. Die andere braune Methode der Auslese ist: »Der Sozialismus der Leistung. Dieser Sozialismus gibt jedem Volksgenossen die gleiche Chance zum Emporstieg...« Eine Viertelstunde vorher hatte er dem Mann mit abweichender Meinung diese Chance, die angeblich jeder Volksgenosse hat, feierlich genommen.

Auf die Frage also, wie der Nationalsozialismus die Entwicklung der Persönlichkeit zu fördern gedenkt, antwortet Dietrich: Durch Einschränkung der persönlichen Freiheit, durch Leistung, bei der das Parteibuch entscheidend ist, durch Hinwendung zur Rassenseele, die alles übrige lösen wird.

Dieses unverfrorene Stück »Staatsphilosophie«, diesen frechen Dilettantismus mußten sich an die zweihundert Professoren und die Vertreter aller staatlichen Sparten mit anhören. Wie die gleichgeschaltete Presse die Hände gerungen hat, ist an einem Satz aus dem Entreelet der DAZ ersichtlich: »... das heißt, er hat aus der Wirklichkeit der Volksgemeinschaft die Staatsphilosophie gefolgert, die den Ansatzpunkt einer idealischen Rechtfertigung des Geschehenen darstellt.«

Der Ansatzpunkt einer Rechtfertigung — weniger kann man einer Rede des Reichspressechefs im Dritten Reich kaum zugestehen, mehr kann man sich drüber kaum distanzieren. Wie lange will man diesen Rest von Persönlichkeitsentfaltung noch dulden?

4500 Findlinge

Steine statt Wahrheit

Ab und zu lebt in der neuheidnischen Nazipresse die Klage um das durchaus sagenhafte »Blutbad bei Verdun« auf, die angebliche Hirschschlachting von 4500 heidnischen Sachsen auf Befehl Karls des Großen. Es nützt nichts, daß ernstere Forscher nachweisen, wie fragwürdig diese alte Greuelmeldung sei, zumal sich nirgends eine Spur entsprechender Massengräber aufweisen lasse. In der DAZ nimmt dazu ein gewissenhafter Laie das Wort und schreibt:

»In den letzten drei bis vier Jahren ist die Hinrichtungstat trotz der erwähnten, schon vorher entstandenen, Zweifel in Verdun sehr propagiert worden. In der Nähe der etwa drei Kilometer von Verdun am Bache »Halse« gelegenen Halmühle hat man in den vermuteten Hinrichtungsgegend einen Naturpark geschaffen mit 4500 Findlingen, für jedes Opfer der Tragödie, die ja nun immer zweifelhafter wird, einen Findling. Ob die gesamte Riesenzahl an Steinen bereits aufgestellt ist, weiß ich allerdings nicht sicher, ein großer Teil steht jedenfalls schon.«

So lächerlich ist's mit der ganzen braunen Geschichtsklitterung bestellt: sie deutet Runen und setzt überall Gedenksteine, aber die Inschriften stimmen schon nicht mehr, wenn die Steine geliefert werden.

Nietzsches Stock für Adolf

Wir müssen zunächst an eine Episode erinnern, die sich kurz nach der Machtergreifung Hitlers abspielte. Bei einigen Nazis gilt Friedrich Nietzsche für einen geistigen Ahnherrn der Bewegung (nämlich bei denen, die ihn nicht gelesen haben, — und das sind 99.9999... Prozent). Den Glauben teilend, mindestens ihm Rechnung tragend, stattete Adolf Hitler im Jahre 1933 dem Nietzsche-Archiv einen Besuch ab, und dort geschah es, daß ihm die leibliche Schwester des Philosophen, von ihrem Bruder zu Lebzeiten »Das Lama« getauft, Witwe des von Nietzsche tief verachteten Antisemiten Förster, — daß diese als Elisabeth Förster-Nietzsche bekannte alte Dame dem »Führer« in eigenartiger Weise huldigte: sie überreichte ihm den Spazierstock ihres Bruders als Angebinde.

Nun läßt sich gewiß darüber streiten, ob wohl Nietzsche, wenn er noch lebte, selber Adolf Hitler den Stock gegeben haben würde. Aber angenommen, dem Schöpfer Zarathustras wäre sein Stock zu kostbar oder sonst zu schade gewesen, so hätte er Hitler vielleicht einen geistigen Ersatzstock zum Präsent gemacht (allein schon die Rohstoff-Ersparung im Zeichen des Vierjahresplans hätte den papiernen Stock-Ersatz gerechtfertigt.) Der Ersatz-Stock Nietzsches für Adolf Hitler hätte, als Knotenstock gedacht, vielleicht folgende Einzelglieder enthalten:

I.

»So wie ich bin, in meinen tief-

sten Instinkten allem, was deutsch ist, fremd, so daß schon die Nähe eines Deutschen meine Verdauung verzögert.« Ecce homo.

II.

»Vergleiche ich mich nun mit den Menschen, die man bisher als erste Menschen ehrte, so ist der Unterschied handgreiflich. Ich rechne diese angeblich »Erstene« nicht einmal zu den Menschen überhaupt, — sie sind für mich Ausschluß der Menschheit, Ausgeburten von Krankheit und rachsüchtigen Instinkten: sie sind lauter unheilvolle, im Grunde unheilbare Urmenschen, die am Leben Rache nehmen... Ich will dazu der Gegensatz sein.«

»... Umsonst, daß man in meinem Wesen einen Zug von Fanatismus sucht. Man wird mir aus keinem Augenblick meines Lebens irgend eine anmaßliche oder pathetische Haltung nachweisen können. Das Pathos der Attitüde gehört nicht zur Größe; wer Attitüden überhaupt nötig hat, ist falsch.« Ecce homo.

III.

»... Aber hier soll mich nichts hindern, grob zu werden und den Deutschen ein paar harte Wahrheiten zu sagen: wer tut es sonst? Ich rede von ihrer Unzucht in historics... Man muß vorerst »deutsche« sein, »Rasse« sein, dann kann man über alle Werte und Unwerte in historics entscheiden — man setzt sie fest... »Deutsche« ist ein Argument, »Deutschland, Deutschland über alles« ein Prinzip, die Germanen sind die »sittliche Weltordnung« in der Geschichte...

Antisemit ist. — Doch das trifft nicht zu. Wie namentlich das Zitat Nr. III zeigt, hat Nietzsche trotz der kränkenden Verallgemeinerung, die er seinen Wendungen gegen die Deutschen schlechthin verleiht, in Wahrheit nur einen bestimmten Typ des Deutschen treffen wollen: den von Rassewahn und Nationalität geblähten, großwahnwitzigen Alldeutschen, d. h. jenen Typ, der heute durch die Nationalsozialistische Partei repräsentiert wird.

So wenig wir selber — und mit uns alle guten Europäer unter den Deutschen — den furchtbaren Ekkel, die abgründige Verachtung Nietzsches auf uns beziehen, so unfehlbar trifft sein Abscheu, die heute herrschende Schlicht und vor allem ihre Hüupter: — man lese, wech vernichtendes Urteil Nietzsche über die »erstene« Menschen unter Nr. II fällt!

Würde Adolf Hitler, wenn er je die Worte des Philosophen lesen sollte, noch Freude über den ihm gegebenen Stock empfinden: — oder würde ihm der Stock Nietzsches nicht eher ein tiefes Schmerzgefühl der Seele bereiten?

M.

Der neue Kohlhaas

Eine Geschichte — und ihre Geschichte.

Denkt euch ein wildes Land. Die Kriegsknechte des Despoten verbreiten weißen Schrecken um sich. Einem Bauern haben sie die Kuh getötet. Sein Nachbar Vasudewa hält es nicht mehr aus, er wandert zur Residenz, will vom Despoten fordern, daß er den Schaden gut mache, den seine Kriegsknechte angerichtet. Unterwegs soll Vasudewa das Bild

Ein schäbiger Zivillist

Aus Anlaß seiner Reise durch Mittel- und Osteuropa bekamen auch deutsche Zeitungsleser Gelegenheit, öfter das Bild des französischen Außenminister Delbos zu sehen; sie konnten zwischen ihm und ihren eigenen regierenden Göttern Vergleiche ziehen, die — wer bezweifelt es — durchaus zugunsten der letzteren ausfielen. Denn neben den Uniformen und Ordenasternen, die die Heldengestalten der deutschen Minister zieren, nimmt sich der Zivilanzug des Franzosen wirklich geradezu ärmlich aus, und was gar die Haltung betrifft, so wirken selbst Rosenberg, Frick und Göbbels, an ihm gemessen, immer noch militärisch.

Nun hat man aber eben aus Anlaß dieser Reise — sonst ist nicht viel davon die Rede — in den Zeitungen gelesen, daß Delbos im Kriege Soldat war, zweimal schwer verwundet wurde, aber immer wieder aus eigenem Willen an die Front ging und daß er schließlich, als ihn seine Beine nicht mehr in den Schlitzengraben trugen, Kampfflieger und Spezialist im Versenken von U-Booten wurde.

Man stelle sich vor, einer der deutschen Regierer hätte ähnliche soldatische Leistungen hinter sich wie Delbos! Ja, kann man sich das überhaupt vorstellen? Ein Mantel mit scharlachroten Aufschlägen und Doppelreihen von Orden rechts und links wären das mindeste! Wie elastisch würden seine Tritte federn, wie würde sich seine Brust wölben; sein Auge würde Blitze schleudern, seine Stimme sich in Kommandotönen überschlagen.

Und Herr Delbos? Warum macht er es nicht auch so? Aus zwei Gründen nicht. Erstens weil er ein zivilisierter Mensch ist und zweitens weil ihm, machte er es so, in Paris die Gassenjungen nachlaufen würden. In Frankreich weiß man nämlich zwischen echten Soldaten und aufgedonnerten Schmiererkomödianten noch zu unterscheiden.

Vom Erhabenen zum Lächerlichen ist nur ein Schritt. In diesem Fall ist es der Schritt über die deutsch-französische Grenze.

Kampf den Kellnern

Die Juden sind in Deutschland erledigt, nächstens kommen die Kellner daran. In der »Westfälischen Landeszeitung« (Nr. 337) wird darüber gewettert, daß sie der Winterhilfe jene Pfennigbeträge entziehen, die bei der Trinkgeldabrechnung gewöhnlich nach oben abgerundet werden. Wenn diese Kupferstücke in die Winterhilfsbüchse gesteckt werden müßten, die auf dem Gasthaustisch steht, »so erwiese sich das sinnreiche Wort unserer Aitvordern, daß der gehrte Pfennig sich in prächtige blanke Taler verwandeln kann.« Aber eigentlich, so fährt der Schreiber fort, sind ja nicht die Kellner zu tadeln, sondern die Gäste, deren Phantasie von schlechten Filmen verdorben ist:

»Die Schuld daran, daß dem Winterhilfswerk diese Pfennige verloren gehen, trifft vielmehr den Gast selbst, der gern

des Herrschers grüßen; er lehnt das ab, da ihm die Erfüllung des Gebotes als Götzendienst erscheint. Darob wird er eingekerkert. Unerschütterlich bleibt sein Glaube an Recht und Gerechtigkeit. In nächtlichem Gespräch will er den Despoten über die Grenzen aller Macht und über den Sinn von Recht und Gerechtigkeit belehren. Der aber läßt die Mutter Vasudewa gefangen setzen, damit sie den Sohn von seinem Irrglauben abbringe. Doch auch die Mutter bekennt sich zu Recht und Gerechtigkeit, und ihr Tod auf dem Scheiterhaufen kann an ihrem und ihres Sohnes Glauben nichts ändern...

Der Leser hat schon gemerkt, daß die Geschichte nicht im Dritten Reich spielen kann. Es gibt dort wohl Despoten, Prätorianer, Willkür und KZ, aber der Oberdespot könnte sich mit keinem oppositionellen Gefangenen in liberalistischen Disput einlassen, schon deswegen nicht, weil der Gefangene ihn mit seinen eigenen Reden von ehedem schlagen würde. Und der Schluß wäre für das Reich der KZ ebenfalls rosenrote Utopie: der Despot spürt am Schluß in Vasudewa Glauben die stärkere Kraft, erkennt die Grenzen irdischer Gewalt und leistet dem Recht Genüge.

Im Staate des Eher-Konzerns, der geraubten Volkshäuser und sonstigen Enteignungen Mißliebiger bedeutete dieser Schluß das Ende des Systems, weshalb die Legende ja auch im alten Indien spielt. Aber geschrieben wurde sie im Dritten Reich, ihr Dichter ist Ernst Wiechert, der völkisch-konservative Wiechert; er las die Legende in Köln am 19. November. Die »Kölnische Zeitung« (29. 11.) feierte den Abend mit einer

Das italienische Vorbild

Ein neues Buch über den Faschismus

»Wir versichern, daß, wenn morgen unsere heftigsten Gegner Opfer eines Ausnahme-regimes würden, wir uns bewaffnet erheben würden, um sie zu verteidigen, denn wir sind für die Freiheit, gegen jede Tyrannei... Es handelt sich um die heiligste Angelegenheit der Welt, um die Freiheit.

In Italien gibt es niemand, der von seinesgleichen regiert sein will, von jemand regiert sein will, der glaubt, die Rolle eines Messias, des Zaren oder Gott Vaters spielen zu dürfen. Wir wollen die Freiheit für alle, wir wollen, daß der Wille des Volkes uns regiere, nicht der Wille einer Gruppe oder eines Mannes, wer auch immer dieser Mann sei.«

Man weiß, welche Entwicklung seit der Publizist genommen hat, der 1919 diese Worte schrieb. Es ist Benito Mussolini. Der Weg, den der italienische Diktator zurücklegen mußte, um das zu werden, was er ist, ist weiter als der Weg, den Hitler gegangen ist. Aus diesem Unterschied erklären sich manche Besonderheiten des italienischen Regimes. Die Ideen von 1789 sind für Europa eine Realität, welche derjenige besser in seine Rechnung einzubeziehen vermag, der sie zum mindesten einmal begriffen hat; es ist nicht anzunehmen, daß Hitler, dieser entartete Enkelsohn Metternichs, sehr viel von ihnen weiß.

Mussolini hat infolgedessen in der Welt und im besonderen in Frankreich eine bessere Presse. Wer die Lebensluft der Freiheit entbehren zu können glaubt, will doch die Phrase hören, die seinen Ohren vertraut ist. In Italien hört er sie. Wenn in Deutschland das Dritte Reich eine vorbildliche »Demokratie« genannt wird, so ist das die Ohrfeige, mit der der Mann in Kommissariaten den liberalisierenden Untertan demütigt. In Italien hat man sich von den Jahren der Macht-ergreifung bis zum heutigen Tage dieser Vo-

kabel geschickter zu bedienen verstanden. Aus diesem Grunde ist für Frankreich das italienische Vorbild gefährlicher. Man lese Reiseberichte oder Kritiken von Reiseberichten in der französischen Rechtspresse. Die deutschen Zustände, nein, — man wird sie einem französischen Bürger nicht zumuten können, niemals. Aber die italienischen... Sollte man hier nicht dieses oder jenes in wohlwollende Erwägung ziehen...? Dabei unterscheidet sich in Wirklichkeit die Unfreiheit des Italieners in nichts von der Unfreiheit der Deutschen. Der französische Staatsbürger kann sich darüber zu seinem Nutzen informieren durch die Lektüre eines Buches, das unlängst erschienen ist: Silvio Trentin, »Dix ans de fascisme totalitaire en Italie« (Zehn Jahre Faschismus in Italien).

Den deutschen Leser interessiert bei der Betrachtung der Darstellung, die Silvio Trentin gibt, besonders die Frage, in welchen Punkten sich das Vorgehen Mussolinis von dem Hitlers unterscheidet. Inwieweit, in der Tat, ist der italienische Usurpator geschickter? Nicht nur, daß Mussolini den westeuropäischen Imponderabilien gewandter Rechnung trug, es scheint, daß auch die langsamere Durchsetzung des italienischen öffentlichen Lebens mit den Elementen der neuen »Ordnung«, die langsamere Faschisierung Italiens dazu beigetragen hat, daß die Weltöffentlichkeit weniger über das erschrocken was in Italien geschah. Deutschland wurde schlagartig nationalsozialistisch. Das Gesicht Deutschlands veränderte sich von einem Tag auf den anderen. Es macht einen Unterschied, ob man einem Volke über Nacht die Freiheit stiehlt, oder ob man sie ihm schrittweise, in jahrelanger Kleinarbeit aus der Hand windet. Wie die Menschen nun einmal beschaffen sind, erscheint das letztere den trägen Herzen der Zuschauer weniger verwerflich.

Um Beispiele zu nennen: das faschistische Regime bemühtigte sich der Presse durch Dekret vom 15. Juli 1923 (veröffentlicht am 8. Juli 1924), durch Gesetz vom 31. Dezember 1925, durch Dekrete vom 4. März 1926 und vom 26. Februar 1928. Erst im Jahre 1928 also erscheint dieser Vorgang abgeschlossen. Noch langsamer vollzog sich der Reinigungsprozeß im höheren Schulwesen. Mussolini, der sich über die amtliche Weisensart seiner alten Kämpfer keine Illusionen machte, hütete sich, ihnen Lehrstellen und Lehraufträge anzuvertrauen. Er duldete schweigend an den höheren Schulen und auf den Universitäten — nach Ausmerzung allerdings der kämpferischen Geister der Linken — eine nur oberflächlich faschisierte Intellektuellenschicht, deren passiver Widerstand zunächst als unvermeidliches Uebel hinzunehmen war. Erst 1932 griff er durch, das heißt, zu einem Zeitpunkt, in dem der Nachwuchs aus den faschistischen Jugendorganisationen wissenschaftlich so weit vorgebildet war, daß er die älteren unsicheren Elemente ersetzen konnte.

Der deutsche Leser des obengenannten Buches will selbstverständlich, wenn er sich so zu Vergleichen gedrängt fühlt, Mussolini aus seiner größeren Geschicklichkeit kein Verdienst machen. Er wird im Gegenteil jeden Beitrag begrüßen, der diejenigen Völker, in deren Hand noch die Entscheidung liegt, darüber aufklärt, daß das eine System nicht minder verderblich ist als das andere. Die Schrift »Dix ans de fascisme totalitaire« erscheint in einem kommunistischen Verlag. Der Autor schildert mit Anteilnahme und Sorgfalt den Todesweg der Freiheit in Italien. Registriert er als Historiker, bedauert er — oder scheint er zu bedauern? Man kann davon absehen, diese Frage beantworten zu wollen. M. F.

mit einer nonchalanten Geste den großen Mann spielt, weil er das im Kino so gesehen hat, wo stets mit großen Scheinen aus der Westentasche bezahlt und nie etwas herausgegeben wird.«

Der nonchalante Gast könnte antworten (wenn er dürfte): »Laßt doch dem Kellner die paar ehrlich verdienten Pfennige und veranlaßt dafür die Gestapo, jene Summe der Winterhilfe zu überweisen, die sie alljährlich als Spitzelohn an das Bedienungspersonal der deutschen Gaststätten auszahlt. Das ist ein glänzendes Geschäft für die Winterhilfe, für die Restaurantgäste und für die Kellner, die auf diese Weise anständig bleiben dürfen.

Das »eigene Haus«

Das Dortmunder Naziblatt beklagt sich: Von berufener Seite aber mußten wir uns vor kurzem belehren lassen, daß Hochschullehrer die Reinigung der Wissenschaft von Juden »als das Ergebnis

eines Konflikts zwischen politischer Macht und Geist, bei dem der Geist unterlag«, ansahen und heute noch so betrachten. In unserem eigenen Hause ist die Judenfrage also immer noch mehr als nur ein geschichtliches Problem.

Abgesehen von diesen kleinen Unstimmigkeiten gefällt ihnen dies Deutschland, das sie ihr »eigenes Haus« nennen, recht wohl. Daß keiner der empörten Hochschullehrer in der Öffentlichkeit zu protestieren wagte, daß die deutsche Jugend von Männern unterrichtet wird, die gelernt haben zu schweigen, wenn Unrecht geschieht und zu heucheln, wenn sie von den »heiligsten Dingen« sprechen, erschreckt die Herren des »eigenen Hauses« nicht. Wenn nur die deutsche Rasse vor »minderwertigen Elementen« bewahrt bleibt.

Kleiner Mann, was nun?

Das »Schwarze Korps« nimmt es einem Handlungsreisenden übel, daß er die Eröff-

nung eines Büros in Hamm mit einem Rundschreiben bekanntgab, in dem es heißt:

»Ich entstamme einer alten Pfarrers- und Offiziersfamilie Mecklenburgs und bin ein Urgroßneffe des aus der deutschen Geschichte bekannten Göttinger Professors, Historikers und Politikers Friedr. Chr. Dahlmann...«

Das SS-Organ höhnt dazu: »Historische Urgroßonkel sind zweifelsohne eine imponierende Empfehlung für Geschäftsreisende. Die Achtung vor der deutschen Vergangenheit gebietet geradezu die sofortige Aufgabe einer ansehnlichen Bestellung...«

Da haben sie nun seit mehr als vier Jahren die armen Untertanen mit Ahnenkult und Ahnenstolz verückt gemacht — und wenn sich diese Verücktheit einmal entlädt, sind sie böse. Namentlich wenn es sich um simple Leute handelt. Die braunen Literaten und Kunstpöpsel, ebenso wie die Bonzen, dürfen sich bei jedem Dreck mit Blut- und Boden-Ahnen brüsten, die sie nicht einmal haben.

Neue Bücher

Um sich von den schreckenden Geschichten des Krieges zu befreien, schrieb Jakob Wassermann im Jahre 1916 den Roman »Olivia«; er fand sich im literarischen Nachlaß des Verstorbenen und ist erst jetzt im Druck erschienen (Neue Bücher A. G., Zürich). Man wird, um dem Buche gerecht zu werden, sich anderer Romane erinnern müssen, die ungefähr in der gleichen Zeit geschrieben wurden; die Frage, ob man jene heute und unter veränderten Umständen noch einmal lesen möchte, liegt nahe. Das Buch ist in seinem Beginne Vorkriegszeit, mit den Augen jener Zeit gesehen. Da haben wir den wackeren Hofrat, den tüchtigen österreichischen Beamten, der gegen Oberflächlichkeit und Streberei ankämpft und sich schließlich in wohlhabender Verbitterung von den Amtsgeschäften zurückzieht. Olivia ist das junge Mädchen, dem noch Illusionen geraubt werden können. Voraussetzung der Handlung: eine zart-romantische Unklarheit in Gefühlsdingen, und vielleicht war sie in der Tat ein Reiz der Epoche.

In der Hauptsache allerdings handelt Wassermanns Roman vom Leid des Krieges, und das ist wohl auch der Grund, warum man ihn jetzt herausgegeben hat; in ihm lebt das erste Erschrecken, das bürgerliche Erwachen aus nationalistischem Rausch, die Panik der Geschickten. Der Grundgedanke des Buches bedeutet Anklage gegen Barbarei aller Art.

*

Zur Gattung Heimatdichtung gehört ein Walliser Novellenbuch von Adolf Fux (Schweizer Spiegel-Verlag). »Unseres

Herrgotts verschupfte Lebensleute« heißt es, und im Titel schon spiegelt sich die Führung, das leis Verzwickte und Verschrobene dieser abgeschlossenen Welt der Gebirgler wieder. Nur hin und wieder reißt der Autor die Fenster auf, Auswandererdrang wird sichtbar, dann schließt sich die enge Welt wieder, in der die Konflikte um Besitz, Liebe, Eifersucht und Standesdünkel kreisen, wie in der anderen Welt jenseits der Berge. In dem Buch offenbart sich die Begrenztheit dessen, was man Heimatkunst nennt. Sprache und Menschen sind so eng an umgrenzten Boden gebunden, daß man vermeint, immer den gleichen Kirchturm zu sehen. Br.

Nordische Bescheidenheit

Die Dresdner Parteigliederungen — Hitlerjugend, SA, SS, Studentenschaft usw. — hielten im Rahmen der »rasenpolitischen Woche« eine Sondertagung ab. Wie der »Dresdner Anzeiger« (Nr. 327) berichtet, wies der Redner des Abends, ein Mann namens Michael,

»am Schluß zusammenfassend auf die Stellung des nordischen Menschen in der Welt hin. Er stand in der Leistung an der Spitze; auf ihn geben die großen Erfindungen zurück, die die anderen Rassen wohl begreifen, aber nicht selbst hervorbringen konnten.«

Begreifen? Nicht mal das. Der Marconi z. B. ein minderrassiger Alpiner, hat bis zu seinem Ende nicht begriffen, mit welcher Selbstverständlichkeit die alten Germanen schon von Baum zu Baum telegraphiert haben, daß die Funken nur so spritzten.

Verfassung der Deutschen Arbeitsfront

Disziplinarordnung für die Mitglieder

Seit dem 1. Januar 1935 ist die am 24. Oktober 1934 vom Führer angeordnete Organisation der Deutschen Arbeitsfront in Kraft. Die Richtlinien über die Mitgliedschaft wurden im September 1934 bekanntgegeben, dann durch »Bestimmungen über die Mitgliedschaft zur DAF« erneuert und nun durch eine Art Statut endgültig festgelegt. Es ist für das Wesen der DAF bezeichnend, daß diese Satzung der staatlichen Zwangsorganisation der Arbeiter ausschließlich »Bestimmungen über die Zugehörigkeit zur Deutschen Arbeitsfront« enthält. Wenn die Korporationen in Italien noch eine gewisse Scheinverfassung haben, die neben den Mitgliedspflichten auch einiges über Befugnisse und Aufgaben der Organisation enthält, so beschränkt sich der Inhalt der »Bestimmungen« der DAF ausschließlich auf eine Anordnung hinsichtlich der Mitgliedschaft, der Beitragsleistung, der Unterstützungsgewährung und des sogenannten Rechtsschutzes. Mit der Organisation, ihrem Funktionärkörper und der Erfüllung irgend welcher Aufgaben haben die Mitglieder überhaupt nichts zu tun.

Ist schon von irgend welcher Vertretung der Mitglieder nicht die Rede, so bleibt auch die eigentliche Tätigkeit der DAF eine von der Mitgliedschaft losgelöste Angelegenheit der Partei und ihrer Delegierten in der Arbeitsfront. Es ist wohl ein Novum im Organisationswesen, daß ein Verband von mehr als 20 Millionen Mitgliedern eine Mitgliederatzung bekanntgeben kann, in der bewußt auch nicht ein leiserer Ansatz von Mitgliedsverfassung enthalten sein darf. Auch die Regelung der Unterstützungen wird völlig einseitig gleich einem Exerzierreglement bekanntgegeben.

Das Dritte Reich geht von einer dreigliedrigen Disziplinarordnung des Volkes aus:

1. die Familie, sie hat für die Fortpflanzung zu sorgen,
2. die Gemeinde, sie regelt die politische Auswirkung des Zusammenlebens am Wohnort und
3. Werkstatt und Fabrik. »Sie sorgen für das Brot und geben dem Menschen die Arbeitsmöglichkeit.«

Der Staat bestimmt alles von oben, sein Organ zur Einwirkung auf den Betrieb ist die Arbeitsfront. Da sie lediglich staatliches Vollzugsorgan an der Arbeiterschaft ist, so ist sie totalitär. Eine Mitgliedsverfassung wäre die Verneinung der DAF.

Rechtlose Mitglieder.

So liest sich das neue Statut etwa wie der Prospekt einer Versicherungsgesellschaft. Prämien- und Versicherungsleistung werden bekanntgegeben. Die DAF teilt die Beiträge und die möglichen Unterstützungen mit, ohne den tatsächlichen Mitgliedszwang offen auszusprechen. Einzelmitglieder können (müssen) alle Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden, soweit sie nicht »dauernd erwerbslos« sind. In der Praxis sind die nicht mehr einsatzfähigen Arbeiter als »dauernd erwerbslos« anzusehen, also vor allem die unverbesserlichen Marxisten usw. Ueber die Aufnahme entscheiden der DAF-Obmann am Ort, im »Beschwerdeverfahren« der Obmann im Kreis und Gau, letztinstanzlich der Ehren-Disziplinarhof.

Der Abschnitt »Pflichten und Rechte der

Mitglieder« besteht aus vier Punkten. Die Mitglieder sind verpflichtet:

1. allen Anforderungen nachzukommen, die die DAF an sie stellt,
2. die Beiträge ordnungsgemäß abzuführen,
3. sich der Disziplinarordnung und Disziplinargerichtbarkeit der DAF zu unterwerfen.

Als Rechte werden angeführt:

1. Die Inanspruchnahme der Unterstützungen,
2. die Inanspruchnahme der NS Gemeinschaft »Kraft durch Freude«.

Brutaler als in diesem neuen DAF-Statut konnte die Rolle des arbeitenden Menschen in Nazi-Deutschland kaum noch ausgedrückt werden: Arbeiten, Beitragszahlen und Maulhalten.

Neu sind die Bestimmungen über die »Lösung der Mitgliedschaft«.

Es gibt ein Erlöschen der Zugehörigkeit durch Tod, Streichung, Austritt oder Ausschluß. Wenn hier nach außen — für gläubige Ausländer — der Eindruck erweckt wird, als könnte ein deutscher Arbeiter freiwillig seinen »Austritt« aus der DAF erklären, so könnte es ebenso gut heißen: das Mitglied kann seine Zugehörigkeit zur DAF durch Selbstmord beenden — freiwillig!

Die Beitragssätze

bewegen sich in 20 Klassen zwischen 0,60 RM bis 12 RM monatlich, neu aufgestockt sind 8 freiwillige Beitragssätze bis zu 50 RM monatlich. Für die selbständig Gewerbetreibenden ist der Beitrag bis 100 RM Monats-einkommen auf 80 Pfennig ermäßigt, während der Arbeiter mit demselben Einkommen 1,40 RM zu entrichten hat. Die Beitragshöhe wird bei Arbeitern und Angestellten vom Gesamtbruttoeinkommen berechnet, d. h. sie müssen von den gesetzlichen Abzügen (etwa 25 Prozent des Lohnes) auch noch den fälligen Beitrag an die DAF bezahlen. Nach § 2e erfolgt die Einstufung durch die Personal- und Lohnbüros der Betriebe, die den Beitrag gleich einbehalten. Nach den

Unterstützungsbestimmungen

gibt es künftig: Erwerbslosenunterstützung, Invalidenunterstützung, Sterbegeld und Notfall-Unterstützungen. Die übrigen Einrichtungen der geraubten Gewerkschaften wie Reise-, Wanderungs-, Streik-, Gemaßregelungs- und Umzugsunterstützung sind aufgehoben worden. Da es keinerlei Vertretung der Mitgliedschaft mehr gibt, so entscheidet eine zentrale Behörde — die Unterstützungsabteilung des Schatzamtes der DAF in Berlin — endgültig über die Gesuche.

»Die Einlegung von Rechtsmitteln gegen diese Entscheidung ist grundsätzlich ausgeschlossen.«

Die Unterstützungsanträge sind an die Beibringung aller möglichen Unterlagen gebunden. Der Nachweis der Unterstützungsbechtigung bei Erwerbslosen wird durch Bescheinigungen der Arbeitsämter, des Betriebsführers, die Vorlegung von Arbeitsbuch und Entlassungsbestätigung geführt. Wehe dem Arbeitslosen, der vom Arbeitsamt als nicht mehr »einsatzfähig« gekennzeichnet worden ist.

Die Unterstützungssätze

beginnen in Klasse 4 mit 1,05 RM monatlich und enden mit 10,50 in der höchsten Beitrags-

klasse. Nach zehnjähriger Mitgliedschaft wird die Unterstützung bis zu 16 Wochen Erwerbslosigkeit bezahlt. Sind nur zwölf Monatsbeiträge geleistet, so beträgt die Unterstützungsdauer nur 7 Wochen, nach vierjähriger Mitgliedschaft 10 Wochen usw.

Die Höhe der Unterstützungen ist gegenüber den Selbsthilfeeinrichtungen der früheren Gewerkschaften bedeutungslos, obwohl der DAF als Zwangsorganisation gewaltige Beitragseinnahmen zur Verfügung stehen. Ein zahlenmäßiger Vergleich ist möglich, wenn man z. B. die gewerkschaftliche Erwerbslosenunterstützung des früheren Bundes der technischen Angestellten mit der Unterstützung der DAF gegenüberstellt, weil hier die Beiträge in den hauptsächlichsten Lohnklassen von 2 bis 6 RM übereinstimmen. Es sind die Beitragssätze 8 bis 15 der DAF (Monatseinkommen 100—420 RM). Die DAF gewährt in diesen Klassen eine wöchentliche

Erwerbslosen-Unterstützung

von 3,15 bis höchstens 10,50 RM. Es stehen sich bei gleichen Beiträgen folgende monatliche Unterstützungen gegenüber:

DAF 13 bis 43 RM
Techniker-Bund 63 bis 546 RM

Hier ist noch nicht berücksichtigt, daß nach 25jähriger Mitgliedschaft und höherem Lebensalter die frühere Gewerkschaft besondere Zuschläge zur Unterstützung gewährte und daß diese Gewerkschaft keineswegs die höchsten Unterstützungssätze bezahlte.

An Invalidenunterstützung

gewährt die DAF je nach der Mitgliedschaftsdauer von 240 bis 420 geleisteten Monatsbeiträgen den 5- bis 8fachen Monatsdurchschnittsbeitrag. Der Buchdruckerverband, dessen Invalidenkasse mit den übrigen Fonds geraubt worden ist, gewährte je nach der Dauer der Mitgliedschaft eine Invalidenunterstützung von 1,40 bis 2,40 RM täglich. Selbst wenn man zur Errechnung des Durchschnittsbeitrages Buchdruckerlöhne von 80 bis 420 RM monatlich zugrunde legt (Beitragssätze 7 bis 15 der DAF) so ergibt sich bei einem Vergleich die mindestens fünf- und höchstens achtfache Invalidenunterstützung vom Durchschnittsbeitrag von RM 3,50 monatlich.

DAF 17,50 bis 28.— RM monatlich
Buchdrucker-

verband 42.— bis 72.— RM monatlich

Die Invalidenunterstützung ist wiederum an den Nachweis einer mindestens 66 $\frac{2}{3}$ prozentigen Erwerbsunfähigkeit gebunden, die von den staatlichen Rentenstellen bescheinigt sein muß. Bei der Festsetzung der Beitragsleistung wird nur die im Mitgliedsbuch der DAF anerkannte Mitgliedszeit zugrundegelegt.

Wenn schließlich der sogenannte Rechtsschutz der DAF unter den Rechten des Mitgliedes angeführt wird, so zeigt die Statistik der Arbeitsgerichte, daß er kaum noch in Anspruch genommen wird, weil der Arbeiter im Dritten Reich kein Recht finden kann. Dagegen hat sich der Rechtsschutz der DAF bei der Steuerberatung der Unternehmer, wie berichtet wird, gut bewährt.

Das Statut der Deutschen Arbeitsfront zeigt die völlige Rechtlosigkeit, in die die Arbeiter und Angestellten versunken sind. Sie müssen steuern und fronden für einen Staat, der sie brutal unterdrückt.

gen, hat das nationalsozialistische Regime das Los der Siedler erschwert. Es sabotiert durch seine Maßnahmen die Verwirklichung des Wunsches von Hunderttausenden deutschen Arbeitern, auf eigenem Grund ein eigenes Heim zu haben.

Jedem Unternehmer seine Privatarmee

Es kann kein Zweifel darüber herrschen, wozu die »Werkscharen« dienen sollen, die man in allen größeren deutschen Betrieben aus den kräftigsten und braunsten Gefolgschaftsmitgliedern zusammenstellt. »Sie dienen der Pflege des Gemeinschaftsgeistes«, wird den Arbeitern versichert. Und die Arbeiter flüstern einander zu: »Schießübungen, Jiu-Jitsu, Betriebsspitzelei und Denunziation — alles für den Gemeinschaftsgeist.« — »Aber«, sagten die Unternehmer, »die Werkscharen helfen auch unsere Feierstunden verschönern. Das stimmt. Sie bilden Spalier, wenn der Betrieb hohen Besuch empfängt, und ersetzen die fehlenden Heilrufe durch doppelten Stimmaufwand, manche Werkscharenmänner zupfen die Gitarre zu martialischen Marschliedern, andere machen dilettantisches Propagandatheater, und das ganze spielt sich als Zwangsveranstaltung nach der

Arbeitszeit ab, während die beglückten Festteilnehmer zähneknirschend aufs Nachhausegehen warten.

Zupfgeigenhanal hin und Dilettantentheater her — die Werkscharen sind Instrumente zur Ueberwachung und Bedrückung der Arbeiterschaft in den sogenannten Friedenszeiten, ihr Kern soll im Krieg gegen den »Feind im Innern« Polizeidienste leisten. Soeben ist für die Richtigkeit dieser Feststellung ein neuer Beweis geliefert worden.

Bisher empfingen die Werkscharen — auf dem Umweg über die Werkscharenführer — ihre Befehle von der Deutschen Arbeitsfront, das heißt von der Nationalsozialistischen Partei. Und die Partei wiederum, der die geldschwersten Unternehmer ohnehin angehören, erhielt ihre »Anregungen« auf diesem Gebiet von den Herren Betriebsführern. Denn in der Behandlung der Arbeiterschaft ist man sich da oben einig, mag es über die wirtschaftlichen Fähigkeiten der Göring und Funk auch zweierlei Ansicht geben. Am 10. Dezember ist ein wichtiger Schritt getan worden, um den Weg der Anregungen und Befehle erheblich zu verkürzen. Auf einer Kundgebung der Deutschen Arbeitsfront in der Deutschlandhalle Berlin wurde, wie die deutschen Zeitungen melden, bekanntgegeben,

»daß Dr. Ley 33 Betriebsführer und verantwortliche Männer der Organisation der gewerblichen Wirtschaft in Anerkennung ihrer erfolgreichen Bemühungen um engste Verbindung von Sozial- und Wirtschaftspolitik zu Werkscharenführern ernannt hat.«

Bei 33 wird es nicht bleiben. Zumindest in den kriegswichtigen Betrieben wird in Bälde jeder Unternehmer sein eigener Werkscharenführer sein und den »Gemeinschaftsgeist« so pflegen, wie der Polizeichef Himmeler es versteht. Man muß sich klar machen, was das heißt — Werkscharenführer. Das heißt: »Die Werkscharen hören auf mein Kommando, jeder Werkscharenmann, der sich widersetzt, ist ein Meuterer.« Das heißt: »Wenn ich es im Ernstfalle befehle, wird scharf geschossen, da gibt es keine Rückfrage bei irgendwelchen Instanzen, ich bin der Herr im Haus.« Die Unternehmer zu Werkscharenführern ernennen, das bedeutet, ihnen eine eigene Privatarmee in die Hand zu spielen, mit der sie sich bei etwa ausbrechenden Betriebsunruhen — vor allem im Kriege — selbst helfen können, ohne erst die Totenkopfverbände zu bemühen, die in aufgeregten Zeiten ohnehin alle Fäuste voll zu tun haben werden.

Die Absicht ist deutlich. Ob nicht gerade die Werkscharen ihre Gründer eines Tages bitter enttäuschen werden, ist eine zweite Frage.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphia«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia. Kontrollpostamt: Poštovní úřad Karlovy Vary 3. — Aufgabepostamt Karlsbad 3.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kč 1,40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0,30 (3,60), Belgien: Belg. Frs. 2 (24.—), Brasilien 1 Milreis (12.—), Bulgarien Lew 8.— (96.—) Danzig Gold 0,45 (5,40), Deutschland Mk 0,25 (3.—), Estland E. Kr. 0,22 (2,64), Finnland Fmk 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1,50 (18.—), Großbritannien d 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld 0,15 (1,80), Italien Lit. 1,10 (13,20), Jugoslawien Din. 4,50 (54.—), Lettland Lat. 0,30 (3,60), Litauen Lit. 0,55 (6,60), Luxemburg B Frs. 2,45 (29,50), Norwegen Kr. 0,35 (4,20), Oesterreich Sch. 0,40 (4,80), Palästina P Pt 0,020 (0,216), Polen Zloty 0,50 (6.—), Portugal Esc 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0,35 (4,20), Schweiz Frs. 0,30 (3,60), Spanien Pes. 0,70 (8,40), Ungarn Pengs 0,35 (4,20), USA 0,08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschecoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad Warschau 194.797. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad Zürich Nr. VIII 14.697. Rumänien: Anglo-Cechoslowakische und Prager Creditbank Filiale Bukarest. Konto »Neuer Vorwärts«, Bukarest Nr. 2088. Ungarn: Anglo-Cechoslowakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad. Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Cechoslowakische und Prager Creditbank Filiale Belgrad. Konto »Neuer Vorwärts«. Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.

Betrogene Siedler

Nach fast fünf Jahren nationalsozialistischer Diktatur läßt sich die klare Feststellung machen: das Deutschland von 1919 bis 1932 hat unendlich viel mehr für die Siedler, ganz besonders für die unbemittelten Siedler getan, als das Deutschland der nationalsozialistischen Diktatur. Das hat kürzlich erst wieder die gleichgeschaltete »Frankfurter Zeitung« zugeben müssen. In einer Schilde- rung einer Stadtrand siedlung, die auf Grund der dritten Notverordnung als eine der zahlreichen »Vorstädtischen Randsiedlungen« oder »Erwerbslosensiedlungen« errichtet worden ist, werden nähere Angaben über den Umfang der Siedlung, die Siedlungskosten und die Belastung des Siedlers gemacht.

Eine solche Siedlung, zu der 1250 Quadratmeter Land gehört, konnte damals von einem Siedlungswilligen errichtet werden, ohne daß er selbst auch nur einen Pfennig Barkapital besitzen mußte. Es wurde ihm sogar die von ihm zu leistende Mitarbeit als 500 Mark Eigenkapital gutgeschrieben. Das Reich finanzierte jede Siedlungsstelle mit 2500 Mark, für die 4 Prozent Zinsen und ein Prozent Amortisation gezahlt werden mußten. Mehr als 3000 Mark durfte die Siedlung, vom

Landerwerb abgesehen, nicht kosten. Durch diese großzügige Reichshilfe konnte die monatliche Belastung des Siedlers auf 15 bis 18 Mark herabgedrückt werden. Nur bei dieser äußerst geringen Belastung konnten Unbemittelte überhaupt das Siedeln wagen.

Mit diesen außerordentlichen Vergünstigungen hat die nationalsozialistische Regierung gründlich aufgeräumt. Die Besitzlosen sind als Siedler überhaupt ganz ausgeschlossen worden. Es wird jetzt von jedem Siedler ein Eigenkapital von mindestens 1000 Mark gefordert. Das Reich gewährt nicht mehr 2500 Mark als niedrig zu verzinsendes Darlehen, sondern nur 1500 Mark. Dafür aber kostet jetzt die Siedlung in gleicher Größe und gleicher Ausstattung nicht mehr nur 3000 Mark, sondern 5500 bis 6000 Mark. Der fehlende Betrag muß vom Siedler auf privatem Wege beschafft werden. Dadurch kommt eine wesentlich höhere monatliche Belastung zustande als bei den früheren Siedlungen. Sie beträgt im Durchschnitt 30 Mark im Monat, nicht selten auch noch etwas mehr!

Also nahezu die doppelte Belastung für die gleiche Siedlung! Es ist keine Frage, daß damit gerade die armen Bevölkerungsschichten als Siedler zum guten Teil ausgeschaltet worden sind.

Statt Erfüllung der schönen Versprechun-